



**Lazar Backovic**

Der Zusammenhang zwischen  
Demokratisierung und  
der Entwicklung des Mediensystems in den  
postsozialistischen Staaten Südosteuropas

Die Rolle der Medien im kroatischen Transformationsprozess.  
ISPM Arbeitspapier Nr. I-1-2011



**Der Zusammenhang zwischen  
Demokratisierung und  
der Entwicklung des Mediensystems  
in den postsozialistischen Staaten Südosteuropas.**

Die Rolle der Medien im kroatischen Transformationsprozess.

Lazar Backovic • Der Zusammenhang zwischen Demokratisierung und der Entwicklung des Mediensystems  
in den postsozialistischen Staaten Südosteuropas • Die Rolle der Medien im kroatischen Transformationsprozess

Autor: Lazar Backovic

1. Auflage © 2011

Schriftenreihe ISPM-Arbeitspapiere

Nr. I-1-2011

ISSN: XXX-XXXX-XX XX

Herausgeber: Internationaler Studiengang Politikmanagement

Druck: Hochschule Bremen , Bremen

# Inhaltsverzeichnis

	Inhaltsverzeichnis	5
	Abkürzungsverzeichnis	7
<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>10</b>
<b>2</b>	<b>Was ist Transformation?</b>	<b>12</b>
2.1	Transformation vs. Transition	12
2.2	Phasen der politischen Transformation	13
2.3	Die Rolle der Medien im Transformationsprozess	14
<b>3</b>	<b>Der politische Transformationsprozess in Kroatien seit 1990</b>	<b>19</b>
3.1	Konstitutionelle Konsolidierung in Kroatien	21
3.2	Repräsentative Konsolidierung in Kroatien	23
3.3	Verhaltenskonsolidierung informeller politischer Akteure	25
3.4	Konsolidierung einer BürgerInnen- und Zivilgesellschaft	26
<b>4</b>	<b>Transformation des kroatischen Mediensystems</b>	<b>28</b>
4.1	Entwicklung des Medienmarkts	28
4.2	Politischer Parallelismus	31
4.3	Professionalisierung	41
4.4	Grad und Natur möglicher staatlicher Interventionen	45
<b>5</b>	<b>Schlussfolgerungen</b>	<b>51</b>
	Literaturverzeichnis	55



## Abkürzungsverzeichnis

Abb.	<i>Abbildung</i>
CSCE	<i>Commission on Security and Kooperation in Europe (deutsch: KSZE)</i>
EG	<i>Europäische Gemeinschaft</i>
EPH	<i>Europapress Holding</i>
EU	<i>Europäische Union</i>
FH	<i>Freedom House</i>
HDZ	<i>Hrvatska Demokratska Zajednica (Kroatische Demokratische Union)</i>
HINA	<i>Hrvatska izvještajna novinska agencija (kroatische Nachrichtenagentur)</i>
HND	<i>Hrvatsko novinarsko društvo (Kroatischer JournalistInnenverband)</i>
HNS	<i>Hrvatska Narodna Stranka - Liberalni Demokrati (Kroatische Volkspartei - Liberaldemokraten)</i>
HR	<i>Hrvatski Radio (Kroatisches Radio)</i>
HRT	<i>Hrvatska Radiotelevizija (Kroatischer Rundfunk)</i>
HSLS	<i>Hrvatska Socijalno Liberalna Stranka (Kroatische Sozial-Liberale Partei)</i>
HSP	<i>Hrvatska Stranka Prava (Kroatische Partei des Rechts)</i>
HSS	<i>Hrvatska Seljačka Stranka (Kroatische Bauernpartei)</i>
HSU	<i>Hrvatska Stranka Umirovljenika (Kroatische Rentnerpartei)</i>
HTV	<i>Hrvatska Televizija (Kroatisches Fernsehen)</i>
ID	<i>Index of Democratization nach Tatu Vanhanen</i>
IDS	<i>Istarski Demokratski Sabor (Istrische Demokratische Versammlung)</i>
IKA	<i>Informativna katolička agencija (Katholische Nachrichtenagentur)</i>
KSZE	<i>Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa</i>
LS	<i>Liberalna Stranka (Liberale Partei Kroatiens)</i>
OSZE	<i>Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa</i>
SDP	<i>Socijaldemokratska Partija Hrvatske (Sozialdemokratische Partei Kroatiens)</i>
SFRJ	<i>Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien</i>
WAZ	<i>Westdeutsche Allgemeine Zeitung Mediengruppe</i>





# **Der Zusammenhang zwischen Demokratisierung und der Entwicklung des Mediensystems in den postsozialistischen Staaten Südosteuropas.**

Die Rolle der Medien im kroatischen Transformationsprozess.

## 1. Einleitung

Kroatien durchläuft seit seiner Unabhängigkeit von Jugoslawien 1991 einen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Transformationsprozess, der noch nicht abgeschlossen ist. Die Europäische Union (EU) bescheinigt dem Land eine funktionierende Demokratie. Noch 2011 könnten die EU-Beitrittsverhandlungen in Kroatien abgeschlossen werden.

Folgt man den Erkenntnissen der Transformationsforschung, so hat es zunächst den Anschein, dass bei dieser demokratischen Entwicklung dem kroatischen Mediensystem eine untergeordnete Rolle beigemessen werden kann. Länderanalysen der postsozialistischen Staaten Südost- und Osteuropas haben Transformationsprozesse in der Vergangenheit unter einer Bandbreite politischer, ökonomischer, sozialer und institutioneller Gesichtspunkte analysiert. Der Blick auf die Medienentwicklung und die Frage, wie sich diese zur Entwicklung des politischen Systems verhält, ist in der politikwissenschaftlichen Disziplin der Transformationsforschung bislang jedoch unterbeleuchtet.

Auch innerhalb der Kommunikationswissenschaft ist der Zusammenhang zwischen Medien und politischem Wandel nur wenig erforscht worden. Oftmals greifen die Konzepte der Kommunikationswissenschaft aus politikwissenschaftlicher Sicht nicht weit genug, um die Beziehung zwischen Massenmedien und politischer Transformation hinreichend zu untersuchen (O'Neil 1998: 6).

Die vorliegende Arbeit analysiert daher den Transformationsprozess Kroatiens unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des kroatischen Mediensystems. Ziel der Arbeit ist es, herauszufinden, wie der politische Transformationsprozess in Kroatien mit der Entwicklung des kroatischen Mediensystems zusammenhängt.

Diese Arbeit geht von folgenden zwei Annahmen aus, die geprüft werden sollen:

- (i) Sowohl das politische System als auch das Mediensystem durchlaufen in Kroatien Transformationsprozesse, die gleichzeitig nebeneinander ablaufen;
- (ii) der politische Transformationsprozess und der Transformationsprozess des Mediensystems verhalten sich in Kroatien hochgradig interdependent zueinander.

Um sowohl den politikwissenschaftlichen wie auch den kommunikationswissenschaftlichen Anforderungen einer solchen Analyse gerecht zu werden, sollen theoretische Ansätze beider Disziplinen miteinander verbunden werden. Für die Untersuchung des politischen Konsolidierungsprozesses in Kroatien verwendet diese Arbeit vier von Merkel (2010) entwickelte Ebenen für die Analyse von Konsolidierungsprozessen. Die Erkenntnisse aus dieser Untersuchung sollen dann in eine weitere Analyse der Entwicklung des kroatischen Mediensystems einfließen.

---

Die hierfür verwendeten Indikatoren gehen auf vier von Hallin und Mancini (2004) entwickelte Vergleichsdimensionen für Mediensysteme zurück.

Diese Arbeit verfolgt den Anspruch, die politische und mediale Entwicklung in Kroatien seit Beginn der Unabhängigkeit abzubilden. Einschränkend muss jedoch gesagt werden, dass nach dem bisherigen Forschungsstand die Ära des Präsidenten Franjo Tuđman sowohl hinsichtlich des politischen Systems wie auch des Mediensystems umfassender untersucht wurde als die Arbeit der Regierungen nach Tuđmans Tod. Als Gegenbeispiele hierfür seien positiv die Fortschrittsberichte der EU für Kroatien und der MEDIADEM<sup>1</sup>-Hintergrundbericht zu Kroatien von Popovic et al. (2010) erwähnt, die auch in diese Arbeit einfließen.

Um die Fragestellung unter Beachtung der beiden Annahmen zu behandeln, ist es zunächst wichtig, eine gesamtsystemische Definition von Transformation zu geben und sie von dem häufig verwendeten Konzept der Transition abzugrenzen. Anschließend soll gezeigt werden, wie die Rolle von Medien im Transformationsprozess verstanden werden kann und welche unterschiedlichen Orientierungen im Umgang mit Medien in Transformationsstaaten existieren. Schließlich soll basierend auf bereits gesammelten empirischen Erkenntnissen der kroatische Konsolidierungsprozess ab 1990 nach dem Konzept von Merkel (2010) analysiert werden, bevor abschließend die Ergebnisse in die Analyse des kroatischen Mediensystems einfließen.

---

<sup>1</sup> MEDIADEM ist ein von der Europäischen Union unterstütztes Forschungsprojekt, das medienpolitische Entscheidungsprozesse in insgesamt 14 EU-Mitgliedsstaaten und Beitrittskandidatenstaaten untersucht. Das Projekt läuft bis März 2013.

## 2. Was ist Transformation?

Mit der weltweit zunehmenden Anzahl von ‚Demokratien‘, die aus ehemals autoritären oder gar totalitären Regimen entstanden sind, nahm seit den 1970er Jahren auch die Zahl wissenschaftlicher Analysen zu politischem Systemwechsel zu und ein eigener Forschungszweig bildete sich heraus – die Transformationsforschung. Innerhalb dieses Forschungszweiges gibt es mehrere Ansätze und Konzepte, um die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Umbruchprozesse in den neuen ‚Demokratien‘ zu beschreiben. Da diese Arbeit davon ausgeht, dass in Kroatien parallel zur politischen Transformation auch eine Transformation des Mediensystems stattfindet, muss ein gesamtsystemischer Transformationsbegriff verwendet werden, der in diesem Kapitel vom Konzept der Transition unterschieden wird. Hier soll kurz auch auf das *Dilemma der Gleichzeitigkeit* (Offe 1991) von Transformationsprozessen im postsozialistischen Osteuropa eingegangen werden. Anschließend soll die im Forschungszweig weitläufig anerkannte Phaseneinteilung von Transformationsprozessen vorgestellt werden, wobei auf die für diese Arbeit entscheidende Phase der Konsolidierung genauer eingegangen wird. Abschließend soll die Rolle von Medien und Mediensystemen in Transformationsprozessen eingeordnet werden.

### 2.1 Transformation vs. Transition

Die große Anzahl von Analysen, die mit der dritten Welle der Demokratisierung<sup>2</sup> aus dem Boden der Transformationsforschung gesprossen sind, erschwert es selbst ExpertInnen, den Überblick über die Begriffspalette des Forschungszweiges zu behalten. Ein in älteren Analysen häufig verwendetes Konzept ist das der Transition nach O’Donnell und Schmitter (1986). Es bezieht sich im Wesentlichen auf den Übergang eines autoritären oder totalitären Systems zu einem demokratischen oder nichtdemokratischen System<sup>3</sup>.

„What we refer to as the ‘transition’ is the interval between one political regime and another. [...] Transitions are delimited, on the one side, by the launching of the process of dissolution of an authoritarian regime and, on the other, by the installation of some form of democracy, the return to some form of authoritarian rule, or the emergence of a revolutionary alternative.“ (O’Donnell/Schmitter 1986: 6)

---

<sup>2</sup> Der Begriff dritte Welle der Demokratisierung geht auf den US-amerikanischen Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington (1991) zurück. Die dritte Welle der Demokratisierung umfasst nach Huntington die Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika, Afrika und Osteuropa ab den 1970er Jahren. Auch Kroatien gehört hierzu. Laut Huntington kann unter der ersten Welle die Demokratisierung in Westeuropa und Nordamerika im 19. Jahrhundert verstanden werden, während die zweite Welle die Demokratisierungsprozesse direkt nach dem Zweiten Weltkrieg meint.

<sup>3</sup> In ihrem Werk nutzen O’Donnell und Schmitter ausschließlich den Regimebegriff. In dieser Arbeit soll jedoch in Anlehnung an Merkel (1994) der umfassendere Systembegriff dem Regime- und Staatsbegriff vorgezogen werden. Eine ausführliche Unterscheidung dieser Ebenen findet sich bei (Merkel 1994: 10ff). Danach definiert ein Regime die Zugänge zu politischer Macht. Der Staat ist dem Regimebegriff übergeordnet, weil er eine dauerhafte Herrschaftsstruktur darstellt. Durch seine legitimen und illegitimen Zwangsmittel sind Regierungen überhaupt erst fähig, Macht auszuüben. Das politische System schließt beide Ebenen mit ein und stellt somit die umfassendste Ebene dar.

Aus dieser Definition wird einerseits deutlich, dass Transition ein unvorhersehbarer Prozess ist, dessen Verlauf mit *Unsicherheit* behaftet sind. Andererseits lässt sich aus der obigen Definition eine klare Abgrenzung dieses unvorhersehbaren Prozesses ablesen. So haben Transitionen nach O'Donnell und Schmitter ihren definierten Startpunkt in der Auflösung des vorherigen autoritären Systems und ihren Endpunkt in der Bildung eines neuen Systems. Was zwischen Start- und Endpunkt passiert, ist von politischem System zu politischem System unterschiedlich. Transition bezieht sich somit ausschließlich auf den *politischen* Systemwechsel.

Für die Systemwechsel in den postsozialistischen Staaten Osteuropas lässt sich der Transitionsbegriff nur begrenzt anwenden, da in diesen Ländern gleich mehrere Transformationsprozesse parallel ablaufen (Merkel 2010: 324; Offe 1991: 282). Offe bezeichnet dieses Phänomen, das er in den postsozialistischen Staaten Osteuropas erkennt, als *Dilemma der Gleichzeitigkeit* (Offe 1991). So geht es in diesen Staaten

„gleichzeitig um die Territorialfrage; [...] um die Demokratiefrage, um die Liquidierung des Monopolanspruchs einer Partei und die Ersetzung desselben durch verfassungsförmig abgesicherte Gewaltenteilung und Parteienwettbewerb [...]; es geht schließlich um die Frage der Wirtschafts- und Eigentumsordnung und die ordnungspolitische Bewältigung akuter Steuerungs- und Versorgungsprobleme“ (Offe 1991: 281f.).

Kurzum findet neben der politischen auch eine wirtschaftliche, eine institutionelle und eine staatliche Transformation statt<sup>4</sup>. Auch wenn Offe die Medien nicht explizit erwähnt, so soll dennoch sein Prinzip von mehreren synchron ablaufenden Transformationsprozessen für diese Arbeit auch auf Mediensysteme ausgeweitet werden, da Mediensysteme im postsozialistischen Osteuropa, wie später in diesem Kapitel gezeigt werden soll, einen strukturell ähnlichen Transformationsprozess wie politische Systeme durchlaufen. Um diese Bandbreite an Umbruchprozessen auszudrücken, ist es daher notwendig, den gesamtsystemischen Begriff der Transformation zu verwenden, der jede Art von Umwandlungsprozess mit einschließt (Merkel 2010: 65).

## 2.2 Phasen der politischen Transformation

In der Transformationsliteratur hat sich eine dreigliedrige Phaseneinteilung für den Ablauf der politischen Transformation durchgesetzt. So beginnt der Wandel eines autokratischen zu einem demokratischen System mit (i) dem Ende des autokratischen Regimes (Liberalisierung), danach folgt (ii) die Institutionalisierung der Demokratie (Demokratisierung) bis schließlich (iii) eine Konsolidierung der Demokratie eingeleitet wird, die die Demokratie festigen soll (Konsolidierung) (Merkel 2010: 93ff.). Trotz dieser idealtypischen Phasenentwicklung hin zu einer Demokratie ist es notwendig, anzuerkennen, dass Transformation kein zielgerichteter Prozess ist, an dessen Ende zwingend die Installation eines demokratischen Systems stehen muss. Im kro-

<sup>4</sup> Der letzte Punkt gilt besonders für Kroatien, das mit seiner im Bürgerkrieg gewonnenen Unabhängigkeit zunächst vor einem Problem der Nationalstaatsbildung stand. Zur Problematik der Nationalstaatsbildung in postsozialistischen Ländern ausführlich: (Merkel 2010: 324ff.).

atischen Fall kann man zwar heute von der Konsolidierung einer Demokratie sprechen. Die Analyse des politischen Transformationsprozesses in Kroatien wird aber unter anderem zeigen, dass die Installation eines demokratischen Systems nicht immer primäres Ziel des politischen Transformationsprozesses gewesen ist. Für die Phaseneinteilung bedeutet diese Erkenntnis, dass sich der Ablauf der Transformation nicht sequenziell vollzieht. So kann es sein, dass ein autoritäres System nach der Liberalisierung unter Umständen wieder zu denselben oder ähnlichen autoritären Strukturen zurückkehrt, die vor der Liberalisierungsphase das politische System bestimmt haben. Die Phasen der Demokratisierung und Konsolidierung sind ebenso umkehrbar (O'Donnell/Schmitter 1986: 8ff.).

Mit Blick auf die Fragestellung ist in dieser Arbeit der Zeitraum der Konsolidierungsphase in Kroatien entscheidend. Daher sollen die ersten beiden Phasen des politischen Transformationsprozesses für die folgenden Ausführungen weitestgehend ausgeblendet werden<sup>5</sup>. Die Konsolidierungsphase wird mit dem Ende der Phase der Demokratisierung eingeleitet, an dem üblicherweise die Verabschiedung einer demokratischen Verfassung steht (Merkel 2010: 110). Nach Merkel lässt sich Konsolidierung in vier analytische Ebenen unterteilen, die auch eine gewisse chronologische Abfolge auf dem Weg zu einer funktionierenden Demokratie markieren<sup>6</sup>. Nach (i) der konstitutionellen Konsolidierung, die sich vor allem auf die zentralen politischen Verfassungsinstitutionen bezieht, folgt (ii) die repräsentative Konsolidierung, in der sich Parteien und Interessenverbände als politische Akteure etablieren. Die nächste Ebene der Konsolidierung, (iii) die Verhaltenskonsolidierung, ist vom Agieren informeller politischer Akteure geprägt. Dazu gehören zum Beispiel das Militär, aber auch einflussreiche UnternehmerInnen, FinanzkapitalgeberInnen, GroßgrundbesitzerInnen sowie radikale Bewegungen und Gruppen. Manchmal erst Jahrzehnte nach der Verabschiedung einer demokratischen Verfassung konsolidiert sich (iv) eine BürgerInnen- oder Zivilgesellschaft (Merkel 2010: 112).

### 2.3 Die Rolle der Medien im Transformationsprozess

Medien gelten als „the centerpiece in the democratic transitions of European democracies“ (Perusko 2003: 121f.), ohne die es in den postsozialistischen Staaten Südost- und Osteuropas unter Umständen gar nicht erst zur Revolution gekommen wäre. Welche Rolle die Medien in Transformationsprozessen jedoch genau spielen, ist in der Fachliteratur weitgehend unterbeleuchtet (O'Neil 1998: 3). In den Standardwerken der Transformationsforschung, Merkels *Systemtransformation* (2010) sowie O'Donnells und Schmitters Werk *Transitions from Authoritarian Rule* (1986), wird die Rolle der Medien beinahe gänzlich ausgeblendet<sup>7</sup>. Da ein Gros der Transformationsliteratur auf diesen Standardwerken aufbaut, ist auch für die übrigen Beiträge der

---

<sup>5</sup> Da die Transformationsphasen nicht trennscharf sind, können vereinzelt auch andere Phasen Analysegegenstand sein.

<sup>6</sup> An dieser Stelle sei betont, dass es in Kroatien auch nicht-demokratische Transformationspfade gibt, die in dieser Arbeit genannt und berücksichtigt werden.

<sup>7</sup> In Merkels (2010) Standardwerk taucht das Wort Medien auf insgesamt 561 Seiten gut ein Dutzend mal auf, O'Donnell und Schmitter (1986) verweisen in keiner einzigen Passage auf die Rolle der Medien.

Transformationsforschung ein Defizit hinsichtlich der Rolle der Medien im Transformationsprozess erkennbar.

Auch innerhalb der Kommunikationswissenschaft ist der Zusammenhang zwischen Medien und politischem Wandel bisher zu oberflächlich erforscht. Oftmals reichen die Konzepte der Kommunikationswissenschaft nicht aus, um die Beziehung zwischen Massenmedien und politischen Transformationsprozessen hinreichend zu untersuchen (O’Neil 1998: 6). Zwar steht für viele KommunikationswissenschaftlerInnen fest, dass „die herrschende Kommunikationsordnung [...] noch immer das griffigste Kriterium für die Unterscheidung politischer Systeme“ (Oberreuter 1997: 14) oder gar „the connective tissue of democracy“ (Gunther/Mughan 2000: 1) ist. Gleichzeitig muss jedoch kritisiert werden, dass sich ein Großteil der kommunikationswissenschaftlichen Analysen zum Zusammenhang von Politik und Medien lediglich auf der Mikroebene bewegt<sup>8</sup> (Gunther/Mughan 2000: 2; Thomaß 2001: 39). Dadurch, dass die Makroebene des Zusammenhangs zwischen Politik und Medien weitgehend vernachlässigt wird, bleiben gesamtgesellschaftliche Veränderungen durch Medien unerforscht.

Eine Ausnahme bildet der polnische Medienwissenschaftler Jakubowicz (1995; 2005), der es schafft, politikwissenschaftliche und kommunikationswissenschaftliche Erkenntnisse speziell für die Transformationsprozesse in Zentral- und Osteuropa miteinander zu verbinden. So sieht Jakubowicz in den zentral- und osteuropäischen Staaten eine Transformation der Mediensysteme, die – ganz im Sinne Offes – parallel zu anderen Transformationsprozessen in diesen Ländern abläuft. Während andere Staaten Europas Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte lang Zeit für die Herausbildung einer diversifizierten Medienlandschaft hatten, vollzieht sich diese Entwicklung in Zentral- und Osteuropa im Schnelldurchlauf (Jakubowicz 1995: 75). Dabei nennt Jakubowicz fünf normative Orientierungen, die in den postsozialistischen Ländern nach 1989 im Zuge einer neuen Medienpolitik diskutiert wurden:

- (i) *die idealistische Orientierung*, deren Ziel die Installation einer partizipatorisch-kommunikativen Demokratie ist, die an Habermas’ deliberatives Demokratiekonzept<sup>9</sup> erinnert;
- (ii) *die idealistische-mimetische Orientierung*, die entwickelt wurde, nachdem sich herausstellte, dass die neuen Regierungen nicht alle Ziele der idealistischen Orientierung mittragen würden. Sie trägt neben Rudimenten der idealistischen Orientierung auch Elemente der

---

<sup>8</sup> Mediensysteme lassen sich auf der Mikro-, Meso- und Makroebene untersuchen. Auf der Mikroebene stehen individuelle Akteure im Vordergrund der Analyse. Auf der Mesoebene sind Organisationen, Institutionen und Unternehmen häufig Untersuchungsgegenstände. Auf der Makroebene werden Strukturen, Systeme, Prozesse und Interaktionen betrachtet. Eine ganzheitliche Untersuchung muss auch die Verhältnisse der Analyseebenen zueinander beleuchten (Thomaß 2007: 30).

<sup>9</sup> Eine ausführliche Zusammenfassung der stark normativen deliberativen Demokratietheorie nach Habermas findet sich bei (Schmidt 2010: 242 ff.). Danach ist deliberative Politik für Habermas eine Politik der argumentativen Abwägung, der gemeinsamen Beratschlagung und Verständigung über öffentliche Angelegenheiten. Diese setzt allerdings eine ganze Reihe erfüllter Anforderungen an das politische System und alle Beteiligungsberechtigten voraus, was die Zugangsmöglichkeiten zu Informationen und die Teilnahmemöglichkeiten am öffentlichen Diskurs betrifft.

- (iii) *mimetischen Orientierung*, die von einer Transplantation freier westlicher Medienmodelle mit dualem Rundfunksystem ausgeht;
- (iv) *die materialistische Orientierung* basiert auf der Annahme, dass Medienfreiheit einzig durch eine breite Privatisierung des gesamten Medienbereichs möglich ist;
- (v) *die atavistische Orientierung* ist eine von den Machteliten geforderte medienpolitische Haltung, die sich gegen eine Demonopolisierung der Medien und eine Transformation des Staatsfernsehens in autonome öffentlich-rechtliche Strukturen ausspricht. Die politischen Eliten des Ancien Régime instrumentalisieren die Medien wie ‚zu alten Zeiten‘ als Übermittler ihrer Botschaften (Jakubowicz 2005: 4f.).

Als Synthese dieser Modelle spiegelt Jakubowicz die normativen Modelle mit der realen Situation in den postsozialistischen Ländern Zentral- und Osteuropas nach 1989. So sei die heutige Ausrichtung der Medienpolitik in Zentral- und Osteuropa nicht eindeutig zu bestimmen und variere zwischen mimetischen und atavistischen Orientierungen. Dabei tendieren die politischen Eliten im postsozialistischen Zentral- und Osteuropa eher dazu, mimetischen Orientierungen zu folgen, wenn bereits weitgehend demokratische Strukturen institutionalisiert wurden. Umgekehrt beherrscht in solchen Ländern, in denen die Transformation noch nicht sehr weit in Richtung einer Demokratie fortgeschritten ist, eher eine atavistische Orientierung das Mediensystem.

Ähnlich wie Jakubowicz ist auch Hadamik der Ansicht, dass parallel zur politischen Transformation auch eine Medientransformation im postsozialistischen Osteuropa stattfindet. Hadamik sieht Medien dabei nicht als autonome Subsysteme, sondern betrachtet sie in Bezug zu den vorliegenden politischen, gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen eines Landes. Aufgrund dieser Interdependenz erkennt sie einen gewissen „postmediale[n] Transformations-Parallelismus“ (Hadamik 2004: 464) zwischen dem gesamtsystemischen Transformationsverlauf und der Transformation postsozialistischer Mediensysteme. Das bedeutet, dass auch für Hadamik – in Erweiterung an Offes *Dilemma der Gleichzeitigkeit* – ein Zusammenhang zwischen dem Grad der gesamtsystemischen Transformation und dem Grad der Medientransformation besteht. Danach begünstigt eine weit fortgeschrittene Entwicklung demokratischer, ökonomischer und rechtsstaatlicher Strukturen aus Hadamiks Sicht auch die freie oder relativ freie Entwicklung eines Mediensystems.

Die Existenz einer Interdependenz zwischen politischem System und Mediensystem ist auch die grundlegende Annahme der Mediensystemvergleichsstudie *Comparing Media Systems* von Hallin und Manici (2004), deren Erkenntnisse und Indikatoren in dieser Arbeit auf Kroatien übertragen werden sollen:



„We will argue that one cannot understand the news media without understanding the nature of the state, the system of political parties, the pattern of relations between economic and political interests, and the development of civil society, among other elements of social structure.“ (Hallin/Mancini 2004: 8)

Die Beziehung beider Systeme zueinander ist laut der beiden Medienwissenschaftler nicht eindeutig zuordenbar. Hallin und Mancini bezeichnen politische Systeme und Mediensysteme daher „more in terms of coevolution than of strict causal ordering“ (Hallin/Mancini 2004: 47). Dies erweitert den Gedanken Hadamiks um die wichtige Erkenntnis, dass nicht bloß demokratische Fortschritte im politischen Transformationsprozess positive Entwicklungen in Richtung freier Medien zur Folge haben. Auch umgekehrt haben Fortschritte in der Medientransformation ebenfalls Auswirkungen auf die politische Transformation. Beide Prozesse laufen also parallel ab und beeinflussen sich gegenseitig<sup>10</sup>.

Für diese Arbeit methodisch interessant ist der in *Comparing Media Systems* von Hallin und Mancini (2004) durchgeführte Mediensystemvergleich von 18 Länderstudien aus Nordamerika, Süd- und Westeuropa. Den beiden Medienwissenschaftlern ist es damit gelungen, ein theoretisches Rahmenwerk mit vier Dimensionen für die Analyse von Mediensystemen zu schaffen. Diese Dimensionen sind: (i) *die Entwicklung des Medienmarkts*; (ii) *politischer Parallelismus*, worunter grob die Beziehung zwischen politischem System und Mediensystem zu verstehen ist; (iii) *der Professionalisierungsgrad des Journalismus* und (iv) *der Grad und die Natur möglicher staatlicher Interventionen* in das Mediensystem (Hallin/Mancini 2004: 21).

Aus der Analyse entwickeln Hallin und Mancini drei Modelle – (i) *das liberale Mediensystemmodell*, zu dem vor allem der angelsächsische Sprachraum zählt (ii) *das demokratisch-korporatistische Mediensystemmodell*, zu dem Skandinavien und Westeuropa zählen und (iii) *das polarisiert-pluralistische Mediensystemmodell*, zu dem die südeuropäischen Länder der Mediensystemanalyse zählen.

Der slowenische Medienwissenschaftler Splichal (1994) hat Hallin und Mancinis Indikatoren auf die postsozialistischen Länder Zentral- und Osteuropas übertragen und ist zu der Erkenntnis gekommen, dass in den ersten Jahren die Entwicklung der Mediensysteme in diesen Ländern am besten mit dem Begriff „italianization“ (Splichal 1994: 143ff.) beschrieben werden kann. So folgen die Transformationsstaaten laut Splichal dem polarisiert-pluralistischen Mediensystemmodell und dort ganz besonders dem italienischen Mediensystem, das sich durch (i) starke staatliche Kontrolle; (ii) hohen parteipolitischen Parallelismus in der Berichterstattung; (iii) eine hohe Vernetzung von Eliten aus Politik und Medien und (iv) keine konsolidierte Berufsmoral unter professionellen JournalistInnen auszeichnet (Splichal 1994: 145f.).

Transformationsstaaten befinden sich im ständigen Wandel, wie auch diese Arbeit zeigen wird. Splichals Beobachtungen mögen daher heute nicht mehr vollständig zeitgemäß sein. Sie geben aber einen guten Überblick über den Entwicklungsstand der Mediensysteme in Zentral- und Osteuropa zu Beginn der Transformationsprozesse in diesen Ländern. Außerdem zeigt

<sup>10</sup> Diese Arbeit wird jedoch zeigen, dass in Kroatien das politische System der stärkere Partner dieser Wechselbeziehung ist.

Splichal durch seine Beobachtung, dass es möglich und sinnvoll ist, die Dimensionen Hallins und Mancinis auf die postsozialistischen Transformationsländer Zentral- und Osteuropas zu übertragen, was in dieser Arbeit für Kroatien gemacht werden soll.

Aus diesem Kapitel sind folgende zwei Erkenntnisse deutlich geworden: (i) die Entwicklung der Mediensysteme in den postsozialistischen Ländern Osteuropas ist ein Transformationsprozess, der parallel zu anderen Transformationsprozessen in diesen Ländern verläuft; (ii) dieser Prozess der Medientransformation und die politische Transformation verhalten sich interdependent zueinander. Weil beide Prozesse ineinander greifen, ist es nun zunächst notwendig, einen groben Überblick über den politischen Transformationsprozess in Kroatien zu geben, um anschließend zu prüfen, wie genau dieser Prozess in Kroatien mit der Transformation des kroatischen Mediensystems zusammenhängt. Der im nächsten Kapitel folgende Überblick verfolgt dabei nicht den Anspruch, eine detaillierte Nachzeichnung des politischen Transformationsprozesses für Kroatien zu liefern. Es geht vielmehr darum, mit Blick auf die im Fokus stehende Mediensystemanalyse Kroatiens wichtige Meilensteine und Akteure im politischen Transformationsprozess Kroatiens zu benennen. Dabei orientiert sich das nachfolgende Kapitel zunächst in Anlehnung an Schultze (2010) an drei Indikatoren der Demokratiemessung. Um jedoch Aussagen über die Transformationsphase der Konsolidierung in Kroatien treffen zu können, sollen anschließend die von Merkel vorgegebenen vier Ebenen der Konsolidierung als Analyseschema angewandt werden.

### 3. Der politische Transformationsprozess in Kroatien seit 1990

Kroatien hat sich nach Slowenien als zweites Land durch eine Unabhängigkeitserklärung und die Verabschiedung einer neuen Verfassung aus der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) gelöst. Nach den ersten freien Wahlen im Jahr 1990 regierten mit der HDZ und ihrem Parteivorsitzenden Franjo Tuđman, der bald nach den Wahlen vom HDZ-kontrollierten Parlament zum Präsidenten ernannt wurde, zunächst die nationalistischen Kräfte das Land (Helmerich 2006: 230). Als erster Präsident Kroatiens und mit einer Amtszeit von beinahe einem Jahrzehnt hat der Politikstil Tuđmans den kroatischen Transformationsprozess geprägt wie kaum eine andere Regierung nach ihm. Unter Tuđman hat Kroatien 1991 seine Unabhängigkeit erlangt (Helmerich 2006: 234). Unter ihm hat Kroatien von 1991 bis 1995 auch einen vier Jahre langen Bürgerkrieg durchlebt; nicht zu vergessen die kroatische Beteiligung am Bosnienkrieg von 1992 bis 1995. Das Ziel des politischen Wandels war für Tuđman dabei stets eine staatliche Transformation zu einem Nationalstaat und weniger eine wirkliche demokratische Transformation (Zakosek 2004: 681). Die Tuđman-Ära ist folglich eher durch nationalistische Rhetoriken, militärische Auseinandersetzungen, enorme Vollmachten des Präsidentenamtes<sup>11</sup> und deutlich undemokratische Merkmale der HDZ gekennzeichnet als durch ehrliche Bekenntnisse zu demokratischen Prinzipien und Reformen (Perusko 2003: 111; Radonic 2007: 23; Zakosek 2004: 682). Erst nach dieser Zeit kann von der Chance auf eine erfolgreiche Konsolidierung von Demokratie gesprochen werden (Helmerich 2006: 244f.). Folgerichtig lässt sich grob zwischen (i) der Konsolidierung unter Franjo Tuđman, die eher autoritäre Tendenzen aufwies, und (ii) der Konsolidierung nach Tuđman unterscheiden, die bis heute von einer Annäherung an die EU<sup>12</sup> und der schrittweisen Konsolidierung demokratischer Strukturen geprägt ist.

Dieser Bruch lässt sich gut anhand eines kurzen Blicks auf gängige Indizes der Demokratiemessung nachweisen (vgl. Tabelle 1). So zeigen ab dem Jahr 1999, Tuđmans Todesjahr, für Kroatien sowohl der Polity-Index als auch der Index der Nichtregierungsorganisation Freedom House deutliche Tendenzen in Richtung einer Demokratie mit politischen Partizipationsrechten und bürgerlichen Freiheiten an. Der Polity-Index springt zwischen 1998 und 1999 sogar von einem negativen Zahlenwert (Autokratie) zu einem positiven Zahlenwert (Demokratie), der sich in

---

<sup>11</sup> De facto wurde während der Amtszeit Tuđmans, die bis zu seinem Tod 1999 dauerte, „die Gewaltenteilung im Interesse der ‚Einheit der staatlichen Politik‘ (so die Begründung Tuđmans) auf[ge]hoben.“ (Zakosek 2004: 686 - Hervorh. i. O.). Erst durch Reformen der Nachfolgeregierung wurde die Rolle des Präsidenten zugunsten des Parlaments geschwächt.

<sup>12</sup> Die EU ist durch ihre Konditionalitätspolitik der Kopenhagener Beitrittskriterien, worunter als wichtigstes Kriterium das Errichten einer demokratischen Ordnung steht, selbst ein ‚Motor‘ der demokratischen Konsolidierung in Kroatien und anderen Ländern, die einen Beitritt anstreben (Pickel 2006: 131).

den folgenden Jahren weiter stabilisiert. Einzig Vanhanens Index of Democratization (ID) zeigt für Kroatien nach dem Ende der Tuđman-Ära keine große Verbesserung in Richtung einer Demokratie an. Das liegt daran, dass der ID sich aus Wahlbeteiligungswerten, der Anzahl der Gesamtbevölkerung und den Stimmenwerten der stärksten Partei zusammensetzt<sup>13</sup> (Schultze 2010: 34f.). Damit können politischer Wandel und die Qualität einer Demokratie über Vanhanens ID jedoch nur unzureichend abgebildet werden (Pickel 2006: 112; Schultze 2010: 41).

Schultze (2010) ordnet dieses Bild in das Demokratiekonzept der defekten Demokratie von Merkel ein. Er kommt dabei zu dem Schluss, dass in Kroatien bis 1999 ein nominell-demokratischer Mischtyp existierte, der sich aus Elementen einer (i) illiberalen Demokratie, also einer defizitären Demokratieform, der bürgerliche Freiheitsrechte fehlen, und Elementen einer (ii) delegativen Demokratie zusammensetzt, der es an horizontaler Gewaltenkontrolle mangelt (Schultze 2010: 129). Ab 2000 zeigen laut Schultze die Indizes Bemühungen an, die in Richtung einer liberalen Demokratie weisen (Schultze 2010: 129).

**Tabelle 1: Demokratische Entwicklung in Kroatien von 1991 bis 2009 im Spiegel des Index of Democratization, des Polity-Index und des Freedom-House-Index**

Index	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09
ID	5,7	26,7	26,7	26,7	22,6	22,6	20,3	20,3	20,3	27,5	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Polity	-3	-3	-3	-3	-5	-5	-5	-5	1	8	8	8	8	8	9	9	9	9	9
FH	3,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	2,3	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,0	2,0	2,0	1,5

Eigene Zusammenstellung. Die Spannweite der Werte des ID liegt zwischen 0 (keine Demokratie) und 100 (entwickelte Wettbewerbsdemokratie). Die Wertespannweite des Polity-Index liegt zwischen -10 (stärkste Form der Autokratie) und 10 (stärkste Form der Demokratie). Der Index von Freedom House (FH) verwendet eine Skala von 1 (höchster Freiheitsgrad) bis 7 (niedrigster Freiheitsgrad).

Quelle: Alle Daten des ID sind nach (Peace Research Institute Oslo o.J.). Zum Zeitpunkt des Entstehens dieser Arbeit waren die Ergebnisse des ID bis einschließlich 2000 erfasst (Stand: 30.05.2011). Die Daten des Polity-Index spiegeln die Ergebnisse der neusten Messung des Polity4-Datasets wieder (Stand: 30.05.2011). Alle Werte der Polity-Datenreihe sind nach (Center for Systemic Peace 2009). Bis einschließlich 2005 sind die Daten des FH-Index nach (Pickel 2006: 120), danach nach (Freedom House 2007; 2008; 2009; 2010).

Trotz dieser deutlichen Zweiteilung des Konsolidierungsprozesses muss im Sinne Merkels dennoch die erste unter Tuđman verabschiedete Verfassung Kroatiens von 1990 als Beginn eines Konsolidierungsprozesses in Kroatien angesehen werden. Im Folgenden soll nun die Konsoli-

<sup>13</sup> In parlamentarischen Systemen kann unter Umständen auch der Stimmenanteil der größten dauerhaften Parteiallianz ausschlaggebend sein (Pickel 2006: 112).

dierung in Kroatien anhand der vier bekannten Ebenen Merkels – (i) *konstitutionelle Konsolidierung*, (ii) *repräsentative Konsolidierung*, (iii) *Verhaltenskonsolidierung informeller politischer Akteure* und (iv) *Konsolidierung einer BürgerInnen- und Zivilgesellschaft* – analysiert werden.

### 3.1 Konstitutionelle Konsolidierung in Kroatien

Die Verabschiedung einer neuen Verfassung steht üblicherweise am Anfang eines jeden Konsolidierungsprozesses (Merkel 2010: 110). Nach Merkel lässt sich die konstitutionelle Konsolidierung einerseits hinsichtlich der Ausarbeitungs- und Verabschiedungsverfahren der Verfassung bewerten – Merkel nennt dieses Kriterium *formale Legitimation*. Andererseits muss sich die konstitutionelle Konsolidierung anhand der *empirischen Legitimation* messen lassen und zeigen, wie adäquat gesellschaftliche Konflikte durch die Verfassung tatsächlich gelöst werden (Merkel 2010: 113). Hierfür soll der Umgang mit Minderheiten in Kroatien exemplarisch herausgegriffen werden, da die kroatische Minderheitenpolitik lange Zeit ein Hauptdefizit in der demokratischen Entwicklung Kroatiens darstellte und sich nur schrittweise verbesserte (Europäische Kommission 2005: 11; Europäische Kommission 2010: 15).

Mit Blick auf die *formale Legitimation* lässt sich sagen, dass durch den jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus Kroatien bereits vor 1990 eine eigene Verfassung hatte, an der sich auch die neue Verfassung des unabhängigen Kroatiens anlehnen sollte. Die Neuauflage der Verfassung und die Ausarbeitung des Textes im Jahr 1990 wurden dabei in parlamentarischer Eigenregie im kroatischen Parlament, dem Sabor, ohne ein Referendum beschlossen (Zakosek 2004: 683).

Nach Merkels Einschätzung ist dies ein „demokratiethoretisch bedenkliche[s] Verfahren“ (Merkel 2010: 114) gewesen<sup>14</sup>. Mittlerweile gibt es jedoch in der kroatischen Verfassung die Möglichkeit, die Bevölkerung bei Verfassungsänderungen mit einzubeziehen (Kroatische Verfassung 2010: Art. 87).

Der Originaltext der Verfassung von 1990 räumte Staatspräsident Tuđman während seiner Amtszeit eine signifikant starke Machtposition ein<sup>15</sup>, sodass damals strukturell wenig Spielraum für andere politische oder gesellschaftliche Akteure blieb. Erst die Verfassungsänderungen im Jahr 2000 der bis dato oppositionellen politischen Kräfte ersetzte nach Tuđmans Tod das semi-präsidentielle Regierungssystem durch ein parlamentarisches, in dem die Rechte des Staatspräsidenten deutlich geschwächt wurden (Radonic: 24; Zakosek 2004: 687). Insgesamt wurde die kroatische Verfassung vier Mal geändert: (i) am 12.12.1997, als der Beitritt zu einem jugoslawischen Staatenbund verboten wurde und ethnische Minderheiten eine symbolische Aufwertung in der Verfassung erhielten; (ii) am 09.11.2000, als das parlamentarische Regierungssystem das semi-präsidentielle ablöste; (iii) am 28.03.2001, als die Zweite Kammer des

<sup>14</sup> Das in Merkels Worten ‚sehr demokratische‘ Verfahren der Ausarbeitung und Verabschiedung durch eine unabhängige verfassungsentwerfende Versammlung und der anschließenden Annahme in einem Referendum gab es nirgendwo im postsocialistischen Osteuropa (Ismayr 2004: 11).

<sup>15</sup> Diese wurde vor allem durch das präsidentielle Recht auf Ernennung und Entlassung der PremierministerIn samt StellvertreterInnen und MinisterInnen (Art. 98) sowie das präsidentielle Recht auf Einberufung der Regierungssitzung (Art. 102) deutlich (Zakosek 2004: 686).

Sabors abgeschafft wurde und zum bisher letzten Mal (iv) am 16.06.2010, um letzte Hindernisse für die EU-Mitgliedschaft im Bezug auf die Minderheitenpolitik aus dem Weg zu räumen (Daskalovic 2010: 2; Zakosek/Marsic 2010: 781).

Wie aus den Verfassungsänderungen deutlich wird, ist hinsichtlich der *empirischen Legitimation* in Kroatien die Frage nach der sozialen und politischen Inklusion ethnischer Minderheiten besonders wichtig. Die größte und bedeutendste Minderheit in Kroatien bilden die kroatischen SerbInnen. Sie waren 1990, ebenso wie die jugoslawische Republik Serbien, gegen eine Loslösung Kroatiens von der SFRJ. Die Mehrheit der in Kroatien lebenden SerbInnen, vor allem die in der Grenzlandschaft Krajina und Ostslawonien wohnenden SerbInnen, haben deshalb die Volksabstimmung zur Unabhängigkeit Kroatiens boykottiert. Sie sahen sich in der Verfassungspräambel von 1990, die Tuđman angeblich persönlich verfasst haben soll, als Volksgruppe Kroatiens marginalisiert<sup>16</sup> (Zakosek 2004: 683). Dieser Widerspruch zwischen den unterschiedlichen ethnischen Gruppierungen in Kroatien legte den Grundstein<sup>17</sup> für den auf die Unabhängigkeit folgenden Bürgerkrieg in Kroatien von 1991 bis 1995, in dem die kroatische Armee gegen serbische FreischärlerInnen kämpfte, welche vor allem aus der Krajina kamen und von der Jugoslawischen Volksarmee unterstützt wurden<sup>18</sup>.

Eine treibende Kraft für Nachbesserungen im Umgang mit Minderheiten war der internationale Druck auf Kroatien, der vor allem von der Europäischen Gemeinschaft (EG), später von der EU ausging. Die Badinter-Kommission der EG, die infolge des Bürgerkriegs einen schnellen Friedensprozess in Kroatien einleiten sollte, bildete während der Anfangszeit der neuen Republik Kroatien einen wichtigen Akteur zur Förderung der Minderheitenrechte. So legte sie in ihrer *Richtlinie für die Anerkennung neuer Staaten in Osteuropa und der Sowjetunion* vom Dezember 1991 zum Beispiel fest, dass eine Anerkennung der Republik Kroatien unter anderem an die Bedingung gebunden sei, dass die Rechte „of ethnic and national groups and minorities in accordance with the commitments subscribed to in the framework of the CSCE<sup>19</sup>“ (Europäische Kommission 1992) garantiert werden. Daraufhin änderte Tuđman das *Verfassungsgesetz für den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und den Schutz der Rechte von ethnischen und nationalen Gemeinschaften und Minderheiten*.

---

<sup>16</sup> Die umstrittene Passage lautet: „Auf der Grundlage der dargestellten historischen Tatsachen, sowie der in der heutigen Welt allgemein anerkannten Prinzipien, der Unveräußerlichkeit und Unteilbarkeit, Unübertragbarkeit und Unvergänglichkeit des Rechts auf Selbstbestimmung und staatliche Souveränität des kroatischen Volkes [...] konstituiert sich die Republik Kroatien als Nationalstaat des kroatischen Volkes und als Staat der Angehörigen anderer Völker und Minderheiten, die seine Staatsbürger sind: Serben, Muslime, Slowenen, Tschechen, Slowaken, Italiener, Ungarn, Juden und anderer, denen die Gleichberechtigung mit den Bürgern kroatischer Nationalität [...] verbürgt wird.“ (Übersetzung der kroatischen Verfassung nach Zakosek 2004: 683)

<sup>17</sup> An dieser Stelle soll der Eindruck vermieden werden, dass es für den Ausbruch des kroatischen Bürgerkriegs eine monokausale Erklärung gibt. Spannungen zwischen den ethnischen Gruppen werden in der Literatur jedoch als ein Hauptgrund genannt (Kunovich/Hodson 2002: 186).

<sup>18</sup> Aufgrund des Krieges im Jahr 1991 wurde rund ein Drittel des kroatischen Staatsgebietes - darunter die Krajina und Teile Slawoniens - bis 1995 von der Jugoslawischen Volksarmee und von serbischen Milizen besetzt (Pan 2006: 242).

<sup>19</sup> In der KSZE, der heutigen OSZE, gelten die Schlussakte von Helsinki (1975) und die Charta von Paris für ein neues Europa (1990) als die wichtigsten Dokumente für das Rahmenwerk der Minderheitenpolitik der Staatengemeinschaft. In der Charta von Paris heißt es: „Wir bekräftigen unsere tiefe Überzeugung, dass freundschaftliche Beziehungen zwischen unseren Völkern sowie Friede, Gerechtigkeit, Stabilität und Demokratie den Schutz der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität nationaler Minderheiten und die Schaffung von Bedingungen für die Förderung dieser Identität erfordern.“ (Charta von Paris 1990: 5).

Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen Anfang 2000, nach denen sich eine Regierungskoalition aus sechs Parteien unter sozialdemokratischer Führung bildete, waren in Kroatien der Auftakt für eine grundlegende Erneuerung der kroatisch-europäischen Beziehungen, die auch die Minderheitenrechte weiter stärkte (Europäische Kommission 2002: 21; Europäische Kommission 2003: 32). Als wichtigstes Dokument sei hier das *Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen* der EU erwähnt, dessen Unterzeichnung für Kroatien einen ersten Schritt in Richtung EU-Beitrittskandidatur darstellte<sup>20</sup> und den Beginn der EU-Konditionalitätspolitik in Kroatien auf Grundlage der Kopenhagener Beitrittskriterien<sup>21</sup> markiert, die bis heute anhält.

Heute sind, zumindest verfassungsrechtlich, ein Großteil der Grundrechte für Minderheiten in Kroatien gänzlich oder teilweise verwirklicht (vgl. Pan 2006: 254). Acht der 158 Sitze im kroatischen Sabor sind für ethnische Minderheiten reserviert. Die bisher letzte Verfassungsänderung hat noch einmal den Minderheitenschutz weiter ausgebaut, insbesondere den Schutz der serbischen Minderheit. Darüber hinaus hat Kroatien die Europaratsübereinkommen über Menschenrechte und Grundfreiheiten, das Rahmenübereinkommen über den Schutz nationaler Minderheiten, die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen und das Übereinkommen der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert und mit der damaligen Republik *Serbien und Montenegro* ein bilaterales Abkommen über den Schutz nationaler Minderheiten geschlossen (Europäische Kommission 2005: 23). Allerdings gibt es noch immer Verbesserungspotential in der Minderheitenpolitik, vor allem was die Situation der Roma sowie den Umgang mit Homosexuellen betrifft (Europäisches Parlament 2011: 2; 6).

### 3.2 Repräsentative Konsolidierung in Kroatien

Bei der repräsentativen Konsolidierung geht es um die intermediäre Interessenvermittlung zwischen Gesellschaft und Staat. Die beiden Analyseebenen sind hierfür (i) das Parteiensystem und (ii) das Verbändewesen (Merkel 2010: 118). Eine repräsentative Demokratie funktioniert ohne diese beiden Elemente nicht. Dennoch ist mit Blick auf die Frage dieser Arbeit nach dem Zusammenhang von politischer Transformation und Medientransformation an dieser Stelle kritisch anzumerken, dass die repräsentative Konsolidierung nach Merkel mit den genannten zwei Elementen offensichtlich nur einen Teil des intermediären Systems abbildet.

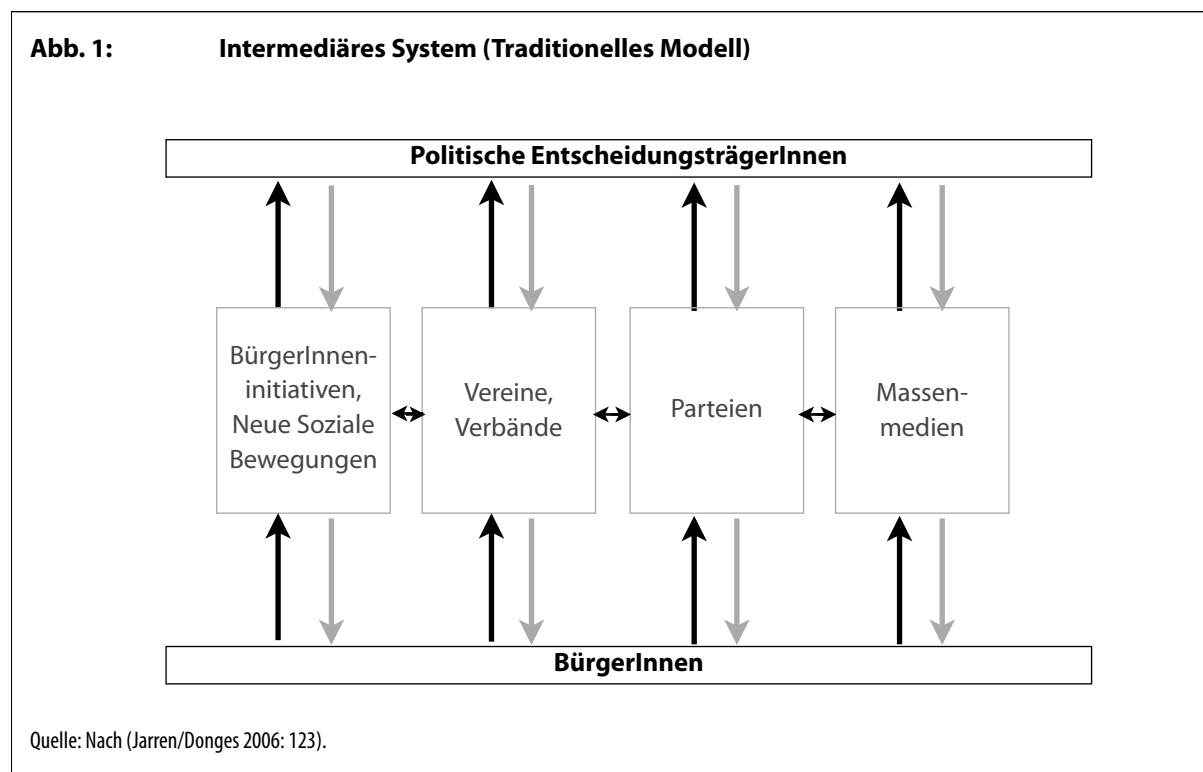
Ausgerechnet die Medien, die ein weiteres Element des intermediären Systems sind (vgl. Abb. 1), wurden bei Merkel ohne nähere Begründung ausgespart. Zwar könnte man argumentieren, dass die Medien, anders als Verbände und Parteien, keine bestimmten Interessen oder Ideologien aggregieren (Jarren/Donges 2006: 123), allerdings müssen auch die Medien in den repräsentativen Konsolidierungsprozess mit einbezogen werden, um so den intermediären Bereich zwischen BürgerInnen und politischen EntscheidungsträgerInnen in Transformationsstaaten

<sup>20</sup> Kroatien ist seit dem 18. Juni 2004 offizieller EU-Beitrittskandidat.

<sup>21</sup> Die Kopenhagener Kriterien setzen für einen EU-Beitritt (früher EG) eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten voraus. Außerdem müssen bestimmte marktwirtschaftliche Kriterien für einen Beitritt erfüllt sein, wie zum Beispiel dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten (Europäischer Rat 1993: 13).

ganzheitlich abzubilden. Diesem Desiderat soll durch die ausführlichen Analyse des kroatischen Mediensystems im späteren Teil dieser Arbeit nachgegangen werden. Im Folgenden soll ein Kurzüberblick über die von Merkel vorgeschlagenen Ebenen des Parteien- und Verbändesystems gegeben werden.

In Kroatien existiert ein bipolares Mehrparteiensystem, in dem im April 2009 107 Parteien registriert waren; davon elf, die zu Beginn der sechsten Legislaturperiode mit mindestens einem Abgeordneten im Parlament vertreten waren (Zakosek/Marsic 2010: 805). Von diesen Parteien spielen heute etwa acht eine größere Rolle in der Parteienlandschaft Kroatiens. Der nationalistisch bis moderat-konservative rechte Parteienblock besteht aus fünf Parteien: Der HSP als heute einzig relevanter überregionaler national-konservativer Partei, der HDZ und HSLS als Mitte-Rechts-Parteien und der HSS und HSU als moderat konservative Parteien. Dem gegenüber stehen die Parteien der SDP, HNS und IDS als Mitte-Links-Block (Zakosek/Marsic 2010: 810). Derzeit regiert die HDZ unter Führung von Ministerpräsidentin Jadranka Kosor in einer Koalition mit der konservativ-liberalen HSLS und der Bauernpartei HSS. Davor hatte die HDZ seit 2003 in einer Minderheitenregierung alleine geherrscht. Bei den ersten Parlamentswahlen nach Tuđmans Tod hatte im Jahr 2000 die sozialdemokratische SDP die meisten Sitze im Sabor. Weil eine absolute Mehrheit jedoch weit entfernt war, bildete die SDP eine politisch-ideologisch gesehen sehr weit gefasste Koalition aus insgesamt sechs Parteien (SDP, HSLS, HSS, HNS, LS<sup>22</sup> und IDS).



<sup>22</sup> Die links-liberale LS hat sich 2005 wieder mit der konservativ-liberalen HSLS vereint.



Es ist auffällig, dass die HDZ nach dem Tod Tuđmans einen starken Wandel durchlaufen hat. Aus der einstigen nationalistisch orientierten Partei wurde während der Oppositionszeit eine Mitte-Rechts-Partei, die sich seitdem - ähnlich wie die SDP - durch ein europahanes Profil auszeichnet (Radonic 2007: 25; Zakosek/Marsic 2010: 809ff.). So schaffte es die Partei, wieder für einen Großteil der Wähler attraktiv zu werden. Doch auch die hatten sich in der Zwischenzeit verändert. Ging es vor 2000 vor allem um zwei Konfliktlinien, (i) pro versus kontra Unabhängigkeit und (ii) katholisch-religiöse Traditionalisten versus säkularisierte Modernisten, gilt es für die Parteien heute, sich vor allem sozio-ökonomischer Fragen anzunehmen (Zakosek 2004: 711; Zakosek/Marsic 2010: 811).

2009 gab es in Kroatien ungefähr 38.000 Vereine (Zakosek/Marsic 2010: 811). Tuđman betrachtete Nichtregierungsorganisationen und zivile Initiativen lange Zeit als Sympathisierende kroatischer StaatsfeindInnen. 1997 zwang ihn jedoch erneut der Druck europäischer Institutionen, die Registrierung von Vereinen sowie die breiten staatlichen Befugnisse zur Kontrolle der Vereinigungen zu lockern. Ein entsprechendes Gesetz trat allerdings erst 2001 in Kraft.

### 3.3 Verhaltenskonsolidierung informeller politischer Akteure

Informelle politische Akteure sind potentielle Vetomächte ohne verfassungsgestütztes Mandat, die den Erfolg oder Misserfolg von demokratischen Entwicklungen maßgeblich beeinflussen können (Merkel 2010: 122). Während der Tuđman-Ära war Tuđman selbst der größte Veto-Spieler und Verbände oder radikale Bewegungen konnten nur Einfluss nehmen, wenn sie seine Linie vertraten.

Ein gutes Beispiel hierfür liefert die Katholische Kirche in Kroatien. Die Kirche unterstützte den Nationalismus in Kroatien und trat noch in der Zeit der SFRJ für eine Unabhängigkeit Kroatiens ein. Dieser nationale Gedanke war auch der Gedanke Tuđmans und so ist es wenig verwunderlich, dass er als eine seiner ersten Amtshandlungen der Kirche erlaubte, Religionskurse an staatlichen Schulen einzuführen (Ramet 2008: 177). Doch auch hier machte sich die nationalistische Rhetorik der Katholischen Kirche Kroatiens bemerkbar: In der Hauptstadt Zagreb und Osijek wurden Kinder, die nicht am Religionsunterricht teilnahmen, mit nationalistischen Stereotypen belegt und so unter anderem als ‚Tschetniks‘<sup>23</sup> bezeichnet.

Diese ethnischen Stigmatisierungen nahmen in der Kirche während der Kriegsjahre ab. Die katholische Kirche musste durch den Krieg massive Zerstörungen von Kirchengebäuden oder heiligen religiösen Symbolen mit ansehen. Der Bischof von Banja Luka, Franjo Komarica, wurde unter Hausarrest gesetzt. Mönche und Nonnen wurden verschleppt. Ein Großteil der Bischöfe protestierte gegen die Gewalt und suchte den Dialog mit serbisch-orthodoxen, muslimischen, jüdischen und evangelikalen Geistlichen (Ramet 2008: 183).

<sup>23</sup> Die Bezeichnung Tschetniks ist dreierlei einzuordnen: Im 19. Jahrhundert waren Tschetniks serbische, aber auch bulgarische und makedonische Freischärler gewesen, die sich im Kampf gegen das Osmanische Reich zusammenfanden. Von 1941 bis 1945 wurden unter Tschetniks die antikommunistischen und monarchistischen Partisanen verstanden. Nach 1990 griffen einige SerblInnen die Bezeichnung im kroatischen Bürgerkrieg und im Bosnienkrieg wieder auf (Melcic 2007: 581).

Seit Ende des Kriegs versucht die Kirche, einen Spagat zwischen Demokratisierung und Nationalismus zu vollführen, der viele Widersprüche in sich birgt. Einerseits hat die Katholische Kirche im Krieg das Ausmaß der Gewalt nationalistischer Kräfte erfahren, was sie dem Demokratisierungsprozess näher gebracht hat. Andererseits spricht sie sich immer noch für einen „healthy' nationalism“ (Ramet 2008: 190) aus, wodurch Positionen entstehen, die einer Demokratisierung im Wege stehen. Ein Beispiel hierfür ist die Kritik einiger Bischöfe an der kroatischen Regierung, die sich gegen die Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien wehren, weil dadurch aus Sicht der Kirche Verteidigern des Vaterlands öffentlich der Prozess gemacht werde (Ramet 2008: 189).

Ein weiterer wichtiger informeller Akteur ist das organisierte Verbrechen in Kroatien und den anderen ehemaligen jugoslawischen Republiken. Vor allem mit Beginn des Kriegs keimten in Kroatien mafiöse Strukturen auf. Der Grund dafür ist einfach: Weil über Kroatien ein Embargo verhängt wurde, konnten die Machthaber höchstens über kriminelle Untergrundstrukturen das bekommen, was sie nicht besitzen durften: Waffen (Mappes-Niediek 2003: 56f.). Im Gegenzug für diese „patriotische Tat“ (Mappes-Niediek 2002) schauten die kroatischen Machthaber bei kriminellen Geschäften der Mafiabosse weg. Ohne jedoch zu sehr auf die Strukturen der einzelnen Organisationen eingehen zu wollen, sollte an dieser Stelle festgehalten werden, dass sich die Untergrundstrukturen schwer auf ein Land eingrenzen lassen, sondern auch Mafiastrukturen angrenzender Länder wie Serbien und Bosnien und Herzegowina als informelle Akteure in Kroatien berücksichtigt werden müssen.

### 3.4 Konsolidierung einer BürgerInnen- und Zivilgesellschaft

Aus Merkels Sicht ist es verständlich, dass sich eine BürgerInnen- und Zivilgesellschaft erst so spät im Transformationsprozess konsolidieren kann, da überschnelle partizipative Neigungen der StaatsbürgerInnen vor allem zu Beginn einer demokratischen Konsolidierung leicht in gesellschaftliche Polarisierungen umschlagen können und so die Konfliktlinien in multiethnischen und multireligiösen Ländern wie Kroatien verstärken (Merkel 2010: 124f.). Als eine wichtige Analyseebene des bürger- und zivilgesellschaftlichen Konsolidierungsprozesses schlägt Merkel das durch Almond und Verba geprägte Konzept der *civic culture* vor, das nahe an die politische Kultur eines Landes gebunden ist. Eine andere Ebene der Analyse ist das *civil society*-Konzept von Almond und Verba (Merkel 2010: 124).

Die Frage der *civic culture* ist in Kroatien stark mit dem kroatischen Nationalismus verwoben (Ramet 2007: 1). Dabei existieren zwei Strömungen im Land, (i) die VertreterInnen des liberalen Nationalismus und (ii) die AnhängerInnen des bürgerlichen Nationalismus (Ramet 2007: 5ff.). Liberale NationalistInnen gehen davon aus, dass bestimmte nationale Gruppen aufgrund integrierender Faktoren wie nationalen Symbolen und Mythen exklusive Freiheiten und Rechte gegenüber dem Staat genießen. Demgegenüber wird bürgerlicher Nationalismus bisweilen – vor allem von den eben genannten liberalen NationalistInnen – gar nicht als Nationalismus bezeichnet. Ziel des bürgerlichen Nationalismus ist es, eine Bindung der Gesellschaft zu gewis-

sen politischen Prinzipien aufzubauen und diese zu internalisieren. Bindeglied der Gesellschaft ist damit eine gemeinsame politische Vision, wie zum Beispiel Demokratie, anstatt einer gemeinsamen Ethnie, Kultur oder Sprache (Ramet 2007: 5). Mit Blick auf Kroatien kann man generell sagen, dass die Tuđman-Ära eher den liberalen Nationalismus repräsentiert, während die Post-Tuđman-Regierungen besser durch den bürgerlichen Nationalismus beschrieben werden können. In der kroatischen Gesellschaft existieren beide Strömungen nach wie vor.

*Civil society* beschäftigt sich im Gegensatz zur *civic culture* weniger mit den Werten, die die Gesellschaft prägen, als vielmehr mit dem tatsächlichen Handeln der Bürger innerhalb der Gesellschaft (Merkel 2010: 125). Wie bereits erwähnt, stellten zivilgesellschaftliche Akteure für Tuđman immer auch eine Gefahr und Bedrohung seiner eigenen Machtposition dar, weswegen er eher skeptisch mit ihnen umging. Während seiner Regierungszeit war deswegen die zivilgesellschaftliche Organisationslandschaft höchstens von ausländischen Nicht-Regierungsorganisationen geprägt. Vor allem während des Bürgerkriegs von 1991 bis 1995 ließen sich ausländische, meist westliche, Organisationen in Kroatien nieder, die sich mit der im Zuge des Kriegs entstandenen Flüchtlingsproblematik oder anderen Opfergruppen des Krieges beschäftigten (Bezovan 2001: 1).

Nach weiteren gesetzlichen Lockerungen ist die Zahl zivilgesellschaftlicher Organisationen gewachsen, auch die kroatischer Organisationen. Für ihre Registrierung bleibt aber weiterhin der Staat verantwortlich (Europäische Kommission 2010: 11). Insgesamt gibt es laut dem jüngsten *NGO Sustainability Index* der US-amerikanischen Entwicklungsbehörde über 37.000 zivilgesellschaftliche Organisationen in Kroatien (United States Agency for International Development 2010: 87). Sie setzen sich hauptsächlich für die Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Minderheitenrechten ein. Bei ihrer Arbeit haben sie jedoch Schwierigkeiten, politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen (Europäische Kommission 2010: 11).

In diesem Kapitel wurde ein Überblick über die Entwicklung der demokratischen Konsolidierung in Kroatien gegeben. Es ist deutlich geworden, dass die Tuđman-Regierung sowie der Bürgerkrieg in Kroatien deutliche Hindernisse für die Entwicklung demokratischer Strukturen in Kroatien darstellten. Die unter sozialdemokratischer Mehrheit geführte erste Regierung der Post-Tuđman-Ära eröffnete Kroatien ab 2000 dann schließlich die Möglichkeit, sich der EU anzunähern und eine wirkliche Demokratie zu konsolidieren. Auch die Regierungen der reformierten HDZ ab 2003 übernahmen diesen Kurs fortan.

Es ist auffällig, dass die Rolle der Medien bei der Analyse des Konsolidierungsprozesses in der Transformationsliteratur nicht explizit erwähnt wird. Auf einigen Ebenen des Konsolidierungsprozesses, wo deutliche Verbindungen zu Medien bestehen, wird dies besonders deutlich, wie beispielsweise auf der Ebene der repräsentativen Konsolidierung. Um die Entwicklung des kroatischen Mediensystems adäquat abzubilden, soll im folgenden Kapitel anhand der von Hallin und Mancini entwickelten Indikatoren eine Mediensystemanalyse für Kroatien durchgeführt werden.

## 4. Transformation des kroatischen Mediensystems

Zu Beginn des Transformationsprozesses im kroatischen Mediensystem waren die Medienorganisationen von einer ähnlichen inneren *Unsicherheit* gekennzeichnet, die O'Donnell und Schmitter (1986) auch für politische Transformationsprozesse festgestellt haben. In welche Richtung würde sich das Mediensystem in Kroatien entwickeln? Wie sollten die JournalistInnen in dieser Zeit des Umbruchs berichten – nach den alten autoritären Spielregeln des jugoslawischen Tito-Regimes oder nach dem Vorbild freier Medienmodelle? Wie sollte eine freie Medienlandschaft in Kroatien überhaupt aussehen? All das waren Fragen, die kroatische JournalistInnen Anfang der 1990er Jahre vor eine völlig neue Situation stellten: Eine Berichterstattung und die Selbstorganisation jenseits der kommunistischen Parteilinie.

Um möglichst einen ganzheitlichen Blick auf die Entwicklung des kroatischen Mediensystems zu bekommen, sollen für die folgende Analyse die bekannten vier Dimensionen von Hallin und Mancini (2004: 21) verwendet werden: (i) *Entwicklung des Medienmarkts*, (ii) *politischer Parallelismus*, (iii) *Professionalisierungsgrad* und (iv) *Grad und Natur möglicher staatlicher Interventionen*. Eine Annahme dieses Kapitels ist, dass sich der Transformationsprozess des kroatischen Mediensystems ähnlich wie der politische Transformationsprozess strukturell grob in (i) die Regierungszeit Tuđmans und (ii) die Ära der Post-Tuđman-Regierungen einteilen lässt. Im Bezug auf das kroatische Mediensystem wird in Anlehnung an Jakubowicz angenommen, dass ersterer Zeitabschnitt durch eine atavistische Orientierung in der Medienpolitik gekennzeichnet ist, während die letztere Periode durch eine mimetische Orientierung in der Medienpolitik gekennzeichnet ist (Jakubowicz 2005: 4f.).

### 4.1 Entwicklung des Medienmarkts

Die Struktur des Medienmarkts ist die offensichtlichste Komponente eines Mediensystems. Bereits beim bloßem Sichten von Zeitungsständen oder einer kurzen Suche von Radio- und Fernsehsendern bekommt man einen groben Eindruck von der Vielfalt der Medienlandschaft eines Landes. Von besonderem Interesse für diese Dimension sind daher (i) die Anzahl der wichtigsten Print- und Rundfunkmedien, sowie (ii) deren jeweilige Relevanz als Informationsmedium. Sie sollen in diesem Unterkapitel jedoch gemeinsam betrachtet werden. Empirisch stützt sich dieser Teil der Analyse für die Printmedien vor allem auf die Ergebnisse der *World Press Trends*, die jährlich von der Nichtregierungsorganisation *World Association of Newspapers* herausgegeben werden und die wichtigsten Indikatoren des Pressemarkts quantitativ erfassen. Kroatien wird dort seit 1995 geführt. In der ersten Medienmarktanalyse der *World Press Trends* für Kroatien wurden jedoch rückwirkend die Zahlen seit der Unabhängigkeit erfasst. Eine andere wichtige Quelle für den Medienmarkt bildet der MEDIADEM-Report über Kroatien von Popovic et al. (2010). Ein großes Problem bei der Erhebung der Daten für dieses Unterkapitel liegt darin, dass für Kroatien die Zahlen über die RezipientInnenreichweite und die verkauften Exemplare einer

Zeitung von den Zeitungen selbst stammen. Eine offizielle Statistik fehlt in Kroatien (World Association of Newspapers 2010: 407).

Bereits kurz nach der Unabhängigkeit waren westliche BesucherInnen von dem Reichtum der kroatischen Medienlandschaft begeistert (Malovic/Selnow 2001: 4). Das vielseitige Radio- und Fernsehprogramm und auch die gut gefüllten Zeitungsstände konnten mit dem Angebot in westlichen Ländern mithalten. Diese Vielfalt konnte numerisch rund 20 Jahre nach der Unabhängigkeit durch eine schrittweise Liberalisierung des Medienmarkts sogar gesteigert werden.

Kurze Fernschnachrichten sind die Hauptinformationsquelle in Kroatien – auch weil das Medium Fernsehen günstiger ist als viele Qualitätszeitungen<sup>24</sup> (Malovic/Selnow 2001: 144). Auf nationaler Ebene gibt es vier Fernsehsender, davon zwei privatwirtschaftlich organisierte Sender (*Nova TV*; *RTL Televizija*) und zwei öffentlich-rechtliche Sender (*HTV1*; *HTV2*). Der Markt wird dabei eindeutig von den Programmen des ehemaligen Staatsfernsehens *HRT* (*HTV1*; *HTV2*) dominiert. 2005 hatten die beiden öffentlich-rechtlichen Sender einen Zuschaueranteil von knapp 54 Prozent (*HTV1* – 38,18 Prozent; *HTV2* – 15,79 Prozent) (Popovic et al. 2010: 10). Seit 2000 ist das Fernsehangebot um den Privatsender *Nova TV* gewachsen. 2004 hat schließlich *RTL Televizija* den Zuschlag für den freigewordenen dritten *HRT*-Kanal bekommen und ging erstmals auf Sendung. Auf regionaler und lokaler Ebene gibt es außerdem 21 weitere Privatsender (Popovic et al. 2010: 10).

Auch der Radiomarkt ist in Kroatien ähnlich wie der Fernsehmarkt strukturiert. Ein Großteil der insgesamt 165 Sender sind regionale Radiosender, die meist privatwirtschaftlich organisiert sind. Auf nationaler Ebene gibt es sechs Sender. Davon sind drei Frequenzen an *HRT*-Programme (*HR1*; *HR2*; *HR3*) und seit 1997 drei weitere an Privatsender vergeben: *Narodni Radio*, *Otvoreni Radio* und der Radiosender der Kroatischen Katholischen Kirche.

Untersuchungen aus dem Jahr 2009 zeigen, dass *Narodni Radio* mit einem Höreranteil von zehn Prozent der am meisten gehörte nationale Sender ist (Popovic et al. 2010: 9). *Narodni Radio* spielt hauptsächlich volks- und traditionsbewusste Musik, die nur von kurzen Nachrichtenblöcken begleitet wird (Malovic 2004: 131). Der öffentlich-rechtliche Sender *HR1* hat immerhin einen Marktanteil von fünf Prozent und schafft es damit auf Platz vier der beliebtesten Radiosender (Popovic et al. 2010: 9). Ein wichtiger regionaler Radiosender ist das freie und unabhängige *Radio 101*, das in der Region um Zagreb zu hören ist. Es ist für seine regierungskritische Berichterstattung bekannt.

Die Presselandschaft in Kroatien hat sich von 1990 bis 2009 allein quantitativ signifikant verändert (vgl. Tabelle 2). Gab es direkt nach der Unabhängigkeitserklärung neun kroatische Tageszeitungen, ist diese Zahl 2009 auf 16 nach oben geschneilt. 2008 waren es zwischenzeitlich sogar 17 Tageszeitungen.

<sup>24</sup> Das *HRT*-Gesetz legt die Höhe der monatlichen Nutzungsgebühren für öffentlich-rechtliches Fernsehen und Radio auf 1,5 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens in Kroatien fest (Popovic et al. 2010: 10). 2009 musste laut *Media Sustainability Index* jeder Haushalt mit Empfangsgerät 12 US-Dollar pro Monat zahlen (International Research and Exchanges Board 2010: 50). Im Vergleich liegen die meisten Tageszeitungen bei einem Preis von etwa 1,30 US-Dollar pro Ausgabe, was 7 Kuna entspricht (World Association of Newspapers 2010: 407).

**Tabelle 2: Anzahl täglich und nicht täglich erscheinender Pressetitel in Kroatien von 1990 bis 2009**

	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09
<b>tägliche Titel</b>	9	9	9	9	9	9	10	11	10	11	12	12	12	11	12	13	16	16	17	16
<b>nicht tägliche Titel*</b>	--	--	--	37	83	162	194	220	224	237	245	174	181	202	207	207	--	--	--	--

\*) Zu der Gesamtzahl der nicht täglich erscheinenden Titel (total non-dailies) zählen in der Erhebung der World Press Trends für Kroatien alle nationalen, regionalen und lokalen Titel, die nicht täglich erscheinen. Die Werte sind nur für 1993 bis 2005 verfügbar (Stand: 30.05.2011).

Quelle: Fédération Internationale des Editeurs de Journaux (1995: 48); World Association of Newspapers (1998: 75); (2000: 79), (2005: 252), (2010: 405). Eigene Darstellung.

Bereits 1993 standen den neun Tageszeitungen außerdem 37 nicht-täglich erscheinende Titel gegenüber. Im Jahr 2005, dem letzten Jahr, in dem die *World Press Trends* einen Wert für nicht-tägliche Publikationen in Kroatien ermittelten, hat sich die Anzahl dieser Titel mehr als verfünffacht.

Die zahlenmäßige Vielfalt der kroatischen Medienlandschaft soll allerdings nicht über die hohe Fluktuation innerhalb der Printmedienlandschaft hinwegtäuschen. Nur wenige neu gegründete Tages-, Wochen- und Monatszeitungen oder -zeitschriften konnten sich nach ihrer ersten Ausgabe dauerhaft am kroatischen Medienmarkt etablieren. Ausnahmen sind die Tageszeitungen *24sata* und *Jutarnji list*. *24sata* ist eine 2005 gegründete Tabloid-Boulevardzeitung des österreichischen Medienkonzerns *Styria Medien AG*, die nicht zuletzt wegen ihres günstigen Preises<sup>25</sup> mit über einer Million LeserInnen die meistgelesene Tageszeitung Kroatiens ist (Popovic et al. 2010: 7; World Association of Newspapers 2010: 407).

*Jutarnji list* gibt es bereits etwas länger als *24sata*. 1998 gegründet, wollte sich das Blatt als Mitte-Links-Alternative zu der eher konservativen *Vecernji list* am Medienmarkt etablieren (Popovic et al. 2010: 7). *Jutarnji list* gehört zur *Europapress Holding (EPH)*, deren größte Anteilseigner die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung Mediengruppe (WAZ)* und der kroatische Medienmogul Ninoslav Pavic sind.

Bei den Magazinen dominierten 2008 das Frauenmagazin *Gloria (EPH)*, das Boulevardblatt *Story (Adria Media Zagreb)*<sup>26</sup>, und die Nachrichtenmagazine *Globus (EPH)* und *Nacional* den kroatischen Markt. *Globus* und *Nacional* gründeten sich bereits während der Tuđman-Ära und sind für ihren kritischen investigativen Journalismus bekannt (Popovic et al. 2010: 8).

<sup>25</sup> *24sata* erscheint zwei Mal täglich. Die Morgenausgabe kostet 4 Kuna (umgerechnet etwas mehr als 0,50 Euro). Die abendliche Ausgabe liegt kostenlos aus. Zum Vergleich: Die meisten Qualitätszeitungen kosten 7 Kuna (umgerechnet etwa 1 Euro).

<sup>26</sup> *Adria Media Zagreb* ist ein Joint Venture, an der die *Styria Medien AG* in Kroatien zu 25 Prozent beteiligt ist. Weitere Partner sind das deutsche Verlagshaus *Gruner + Jahr* und die *Sanoma Magazines International*.

Nicht zuletzt sei erwähnt, dass es drei nationale und eine regionale Nachrichtenagentur gibt. Die größte und bekannteste kroatische Agentur ist die ehemals staatliche *HINA*, die qua Gesetz seit 2001 eine Anstalt des öffentlichen Rechts ist. Weiterhin haben die *EPEHA*, die zur *EPH* gehört, und die *IKA*, der Nachrichtendienst der Katholischen Kirche Kroatiens, nationale Reichweite. Einzig die Nachrichtenagentur *STINA* aus Split legt ihren Fokus auf die Region um Split. Sie beschäftigt allerdings auch KorrespondentInnen in anderen ost- und zentraleuropäischen Ländern (Popovic et al. 2010: 13).

Der kurze Blick auf die Medienlandschaft Kroatiens lässt von Beginn des Transformationsprozesses an auf eine relativ hohe Diversität des kroatischen Medienmarkts schließen, was für andere Transformationsstaaten Osteuropas eher ungewöhnlich ist. Im Laufe des Transformationsprozesses konnte diese Diversität sogar gesteigert werden. Ein Grund dafür ist, dass seit den letzten Regierungsjahren Tuđmans, ungefähr um die Jahre 1997/1998 herum, der Print- und auch der Rundfunksektor eine zunehmende Liberalisierung erfahren haben. Seitdem sind die privatwirtschaftlichen Verlagshäuser und ihre Besitzstrukturen wichtige Mechanismen auf dem Medienmarkt. Ohne zuviel vorwegnehmen zu wollen, wird bereits nach diesem Kurzblick deutlich, dass zwei Verlagshäuser besonders häufig erwähnt werden: Die *EPH* und die *Styria Medien AG*. Ferner ist interessant, dass die Katholische Kirche als informeller Akteur auch auf dem Medienmarkt eine wichtige Rolle spielt.

Diese kurze Einschätzung liefert eine Grundlage für die weitere Analyse des kroatischen Mediensystems. Im Folgenden soll nun näher auf die Beziehung zwischen dem politischen System und dem Mediensystem Kroatiens eingegangen werden. Eine zentrale Rolle spielen dabei die hier bereits kurz erwähnten Besitzstrukturen.

#### 4.2 Politischer Parallelismus

Die für diese Arbeit wohl wichtigste Dimension ist die des politischen Parallelismus. Kurz gesagt geht es in dieser Analysedimension um Fragen, die sich mit den gegenseitigen Einflusssphären von Politik und Medien beschäftigen. So soll nach Hallin und Mancini geprüft werden, inwieweit (i) *das Mediensystem das Parteiensystem und parlamentarische Mehrheitsverhältnisse widerspiegelt*. Dazu kann teilweise an die Erkenntnisse des vorigen Kapitels angeknüpft werden. Außerdem gilt es zu prüfen, ob und inwieweit kroatische Medienmacher Politik beeinflussen und umgekehrt von diesen Strukturen beeinflusst werden. Hier sind organisatorische, finanzielle oder sonstige Verbindungen zwischen Politik und Medien in Kroatien denkbar, die in diesem Kapitel ganz allgemein als (ii) *Parallelismus zwischen politischem System und Mediensystem* zusammengefasst werden sollen. Dabei ist auffällig, dass der stark ausgeprägte politische Parallelismus während der Tuđman-Ära und des Kriegs besonders gut erforscht ist.

### *Parallelismus zwischen Medien- und Parteiensystem*

Greift man noch einmal auf die Erkenntnisse der vorangegangenen Analyse des politischen Transformationsprozesses zurück, so lässt sich das kroatische Parteiensystem grob in zwei ‚Partei­blöcke‘ unterteilen; den nationalistisch bis moderat-konservativen rechten Parteienblock – bestehend aus HSP, HDZ, HSLŠ, HSS und HSU – und dem Mitte-Links-Block – bestehend aus SDP, HNS und IDS (Zakosek/Marsic 2010: 810). Schaut man sich nun die einzelnen Medienorganisationen innerhalb der kroatischen Presselandschaft an, so finden sich ideologische Vertreter beider ‚Partei­blöcke‘ auch im Printmediensystem wieder. Zu den rechts-konservativen bis nationalistischen Zeitungen gehören insbesondere die *Vecernji list* und die staatseigene *Vjesnik*; zu den Zeitungen, die dem Mitte-Links-Block näher stehen, zählen die *Jutarnji list*, die *Novi list* und die *Slobodna Dalmacija* (Duric/Zoric 2009: 62ff.; Popovic et al. 2010: 7; Stegherr/Liesem 2010: 81ff.). Während Tuđmans Regierungszeit hatten es die hier als Mitte-Links-Zeitungen deklarierten Publikationen im Gegensatz zu ihren konservativen bis nationalistischen Pendanten vergleichsweise schwer. Viele der Zeitungen reagierten auf diese Situation mit einer Anpassung ihrer redaktionellen Inhalte an den Kurs Tuđmans. Einzige Ausnahme ist die *Jutarnji list*, die als Gegenblatt zur Regierungs- und HDZ-nahen *Vecernji list* gegründet wurde. Jedoch gründete sich die *Jutarnji list* erst 1998 und damit fast am Ende der Tuđman-Ära. Unter der sozialdemokratisch geführten Koalition entwickelte sich dann die *Jutarnji list* zu einer regierungsnahen Zeitung (Stegherr/Liesem 2010: 86). Ausgehend von diesen Beobachtungen kann man darauf schließen, dass die Printmedienlandschaft sogar über die Tuđman-Ära hinaus bis in die Jahre der Sechs-Parteien-Koalition die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse relativ gut widerspiegelte. Bis heute haben sich diese politischen Schlagseiten der Zeitungen wenig verändert. Es dominieren heute jedoch zunehmend Publikationen den kroatischen Zeitungsmarkt, die man als apolitisch und boulevardesk bezeichnen könnte, weil sie bevorzugt Themen aus dem Bereich ‚human interest‘ aufgreifen und nur selten Stellung zu politischen Sachverhalten beziehen. Das betrifft vor allem die sehr beliebte *24sata* der *Styria Medien AG* und einige beliebte Zeitschriftentitel, wie *Gloria* oder *Story*.

Allerdings gibt es auch solche Zeitungen und Zeitschriften, die einerseits überdurchschnittlich stark politisch Meinung beziehen, die sich andererseits aber in kein politisches Spektrum einordnen lassen. Dazu gehörte vor allem die satirische *Feral Tribune*, die sich 2007 infolge von starken finanziellen Problemen auflösen musste. Aber auch aktuelle Magazine wie die *Nacional* gehören zu dieser Sorte Publikation. All diese Publikationen eint jedoch, dass sie sich selbst als Gegengewicht zur Regierung sehen und durch ihre kritische Haltung die Grenzen der Pressefreiheit ein Stück ausweiten konnten (Malovic/Selnow 2001: 89).

Im Rundfunk sind die vielen regionalen Radiosender stark von den örtlichen Behörden und den politischen Strukturen in ihrer jeweiligen Region abhängig (Europäische Kommission 2005: 52; Europäische Kommission 2010: 11). Auf nationaler Ebene orientierten sich die *HRT*-Sender bis zu ihrer Umwandlung in eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt durchweg an der Meinung ihres einzigen Finanziers, der Regierung (Perusko 2003: 131f.). Doch auch im Rundfunk gibt es Gegengewichte: zum Beispiel durch unabhängige Sender wie das regionale



*Radio 101*, die sich ähnlich wie die Printpublikationen *Feral Tribune* und *Nacional* politisch nur schwer einordnen lassen.

Um Erklärungen für die Zusammenhänge zwischen Politik und Medien in Kroatien zu finden, ist es nun notwendig, die Beziehungen zwischen Akteuren des politischen Systems und Akteuren des Mediensystems zu untersuchen. Am besten eignet sich dazu eine Analyse der Besitzstrukturen.

#### *Grad des Parallelismus zwischen politischem System und Mediensystem*

Wie eingangs erwähnt, blickten am Anfang der Transformation die Medien einer ähnlich unsicheren Zukunft entgegen wie das politische System. Ausgehend von den Erkenntnissen Jakubowicz' aus Kapitel 2.3 lassen sich mit Blick auf die Tuđman-Ära und die Post-Tuđman-Ära zwei zu erwartende Vermutungen formulieren. So müsste nach Jakubowicz' Logik (i) die defizitär-demokratische Regierung unter Tuđman eine eher atavistische Orientierung aufweisen, in der Medien stark instrumentalisiert werden. In der Post-Tuđman-Ära müsste dann aufgrund des gesteigerten Demokratiegrades (ii) eine mimetische Orientierung im Umgang mit Medien zu erwarten sein. Und tatsächlich spricht Einiges dafür, dass diese Zweiteilung nachträglich in ähnlicher Weise vorgenommen werden kann.

Der britische Journalist und Autor Thompson (1994) greift die Unsicherheit der JournalistInnen, die mit der Unsicherheit der politischen Lage einhergeht, in seinem Werk *Forging War: The Media In Serbia, Croatia And Bosnia-Herzegovina* auf und verweist auf ein Interview mit dem kroatischen Journalisten Danko Plevnik. Er ordnet die JournalistInnen in Kroatien zu Beginn des politischen Umbruchs um 1990 in zwei Kategorien ein: (i) „journalist-dissidents, to whom democracy was more important than the Croatian state“ und (ii) „journalist-converts, to whom a state, this time the Croatian, was ultimately once again more important than democracy.“ (Thompson 1994: 136). Das Ergebnis dieses von Unsicherheit geprägten Machtvakuum führte kurz vor und in den ersten Jahren der Unabhängigkeit zu einem erhöhten politischen Parallelismus in Kroatiens Medienlandschaft. Die *journalist-converts*, wie Plevnik sie nennt, setzten sich bereits in den ersten Regierungsjahren Tuđmans klar gegen solche JournalistInnen durch, die sich nach einer wirklichen demokratischen Wende in Politik und Medien sehnten.

Dass die staatstreuen *journalist-converts* die Medienorganisationen dominierten, geschah nicht zuletzt auch deshalb, weil ihre Position nahezu deckungsgleich mit jener Franjo Tuđmans war, der den Transformationsprozess in Kroatien vor allem als eine staatliche Transformation verstand, statt als Chance für eine demokratische Entwicklung (vgl. Kapitel 3 und Zakosek 2004: 681). Der Grund, warum sich die meisten JournalistInnen zum Spielball lokaler und nationaler PolitikerInnen instrumentalisieren ließen und nur wenige wirklich unabhängige oder demokratisch orientierte Medien in Kroatien existierten<sup>27</sup>, lag also nicht nur an dem Gehorsam, den viele JournalistInnen noch aus der Zeit des Sozialismus mitbrachten. Ebenso wichtig,

<sup>27</sup> Als positive Gegenbeispiele sind die satirische *Feral Tribune* und die Wochenzeitungen *Danas* und *Globus* zu nennen.

wenn nicht sogar wichtiger, waren der autoritäre Charakter des HDZ-Regimes mit seiner Führungsfigur Franjo Tuđman und die Besitzstrukturen innerhalb der kroatischen Medienlandschaft zu dieser Zeit (Kurspahic 2003: 63). Insbesondere bis zum Beginn des wachsenden Einflusses der zwei großen Medienkonzerne in Kroatien, *EPH* und *Styria Medien AG*, haben sich die letzten beiden Erklärungsmuster weitgehend überschritten.

Schon vor Ausbruch des Bürgerkriegs zeichneten sich politische Parallelismen in Print- und Rundfunkmedien ab. Auch wenn sich, wie bereits im vorigen Unterkapitel erwähnt, die Printmedien nach der staatlichen Unabhängigkeit in Kroatien relativ schnell liberalisierten, schafften nur wenige Zeitungen und Zeitschriften den Sprung in die Unabhängigkeit, in dem sie sich zum Beispiel in Genossenschaften organisierten. Auflagenstarke und beliebte Zeitungen, wie *Vjesnik*, *Vecernji list* und auch die lange Zeit kritisch berichtende *Slobodna Dalmacija* ereilte in der ersten Zeit nach der Unabhängigkeit dagegen ein ähnliches Schicksal: Nachdem sich die Zeitungen von der Bindung an die Kommunistische Partei Kroatiens lossagen konnten und zu privaten unabhängigen Medienunternehmen wurden, reichten die Staatsbanken bald Rückerstattungsforderungen ein, die kaum zu erfüllen waren<sup>28</sup>. Die Folge war, dass die gerade erst privatisierten Zeitungen in den Besitz staatlicher Institutionen übergingen und sich schnell an Tuđman und die Strukturen der HDZ anpassen mussten, die die Zeitungen bald beherrschten (Stegherr/Liesem 2010: 79f.). Die letzte staatliche Zeitung Kroatiens *Vjesnik* ist bis heute ein Relikt aus dieser Zeit. Diese Besitzpolitik hatte de facto zur Folge, dass alle wichtigen Zeitungen Kroatiens entweder in staatlichem Besitz waren oder unter dem Deckmantel der Privatisierung von parteitreuen HDZ-Funktionären geleitet wurden (Thompson 1994: 133). Mit Jakubowicz' Worten gesprochen, folgte auch in Kroatien auf die Demonopolisierung eine teilweise Remonopolisierung der Medien, die Jakubowicz auch in einigen anderen Ländern Zentral- und Osteuropas beobachtete (Jakubowicz 2005: 6).

In Funk und Fernsehen war der politische Parallelismus wegen der dort vorherrschenden staatlichen Besitzstrukturen sogar noch größer (Malovic/Selnow 2001: 115). Dem Staatssender *HRT* gehörten lange Zeit alle drei national empfangbaren Fernsehkanäle. Auf der Managementebene des Senders, der 2003 in eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt umgewandelt wurde, wurde der Fernsehdirektor des sozialistischen Ancien Régime, Veljko Knezevic, durch den HDZ-Mitgründer und Tuđman-Freund Hrvoje Hitrec ausgewechselt, der alle linien-untreuen JournalistInnen aus dem Sender entfernte (Kurspahic 2003: 67; Melcic 2007: 321). Sein Nachfolger, der HDZ-Vizepräsident Anton Vrdoljak, ging sogar noch strikter vor: Im September 1991 verweigerte der Sicherheitsdienst des Senders 300 MitarbeiterInnen den Zutritt zum Studiogebäude – offiziell aus Sicherheitsgründen, inoffiziell jedoch, weil Vrdoljak sie wegen ihrer (serbischen) Nationalität, wegen Verbindungen zur Jugoslawischen Volksarmee oder ihrer mangelnden Loyalität zur HDZ für immer außerhalb des Senders lassen wollte (Kurspahic 2003: 67). Im Rundfunk gab es also einen nahtlosen Übergang zwischen den alten sozialistischen Parteifunktionären und den Machthabern der neuen Ein-Parteien-Regierung der HDZ. Der

---

<sup>28</sup> Die kroatische Justiz verwarf die Forderungen im Jahr 2000 und bezeichnete sie als unbegründet, falsch und manipuliert (Stegherr/Liesem 2010: 80).

Markt für lokale und regionale Fernsehsender privatisierte sich bereits kurz nach der Unabhängigkeit. Allerdings waren nur wenige dieser Sender wirklich unabhängig, sondern standen unter massivem Einfluss der örtlichen Politiker, von denen sie oft ihre einzigen Informationen bezogen (Malovic/Selnow 2001: 111f.).

Während des Bürgerkriegs in Kroatien 1991 und dem darauf folgenden Krieg in Bosnien und Herzegowina ab 1992 spitzte sich der politische Parallelismus innerhalb der kroatischen Medienlandschaft dann weiter zu. Die JournalistInnen wurden in dieser Zeit zum Sprachrohr der offiziellen Regierungsposition instrumentalisiert<sup>29</sup>, was die atavistische Orientierung während der Tuđman-Ära unterstreicht. Tuđmans erklärtes Ziel war es, einen ideologisch-nationalen Konsens der Medien während des Kriegs herzustellen (Melcic 2007: 322). Dass der damalige Präsident sein Ziel erfolgreich umsetzen konnte, lag vor allem daran, dass während der Regierungszeit Tuđmans, wie in Kapitel 3.4 erwähnt, gesellschaftlich ohnehin ein liberal-nationaler Konsens in der *civic culture* Kroatiens verankert war, der stark auf nationalen Symbolen und Mythen basierte (vgl. Kapitel 3.4; Melcic 2007: 322; Ramet 2007: 1ff.). So gelang es Tuđman und seiner HDZ relativ schnell, diesen Konsens weiter in der Gesellschaft zu etablieren und ein Monopol auf die kroatischen Nationalinteressen zu beanspruchen, das einer einfachen Logik folgte: Wer nicht für ‚uns‘ ist, ist für die ‚anderen‘ und damit gegen die kroatische Nation und ihre Unabhängigkeit. Auch die Medien konnten sich diesem gesellschaftlich inhärenten Nationalismusverständnis nicht entziehen und folgten in ihrer Berichterstattung der ‚Wir-Ihr-Rhetorik‘ der Tuđman-Regierung, die besonders während der Kriegsjahre zum Vorschein kam (Duric/Zoric 2009: 61 ff.).

Duric und Zoric (2009) haben die Kriegsberichterstattung ausgewählter kroatischer und serbischer Zeitungen während des Kroatienkriegs in einer in dieser Form einzigartigen Diskursanalyse gegenübergestellt. Die Analyse zeigt, dass während des Konflikts die Medienberichte der jeweiligen Kriegsparteien ‚den Feind‘ diffamiert haben, um so die nationale Moral aufrechtzuerhalten. Es ist außerdem interessant, dass in der Kriegsberichterstattung politisch-ideologische Einstellungen der Medienorganisationen anscheinend eine untergeordnete Rolle spielten<sup>30</sup>. Denn selbst die politisch eher links orientierte Regionalzeitung *Novi list* aus der Region Istrien nannte die serbischen FreischärlerInnentruppen, die in der für Kroatien territorial verlustreichen Schlacht um Vukovar kämpften, „Serb cannibals“ und „brutal Serb extremists“ (Duric/Zoric 2009: 73). Auch typische nationalistische Stereotypen wie „Chetniks“ oder „Serbo-communists“ (Duric/Zoric 2009: 73) wurden in Berichten über serbische Minderheit bedient. Den Diffamierungen waren praktisch keine Grenzen gesetzt, weil sie von der Regierung unterstützt wurden. *Vecernji list* sprach in Berichten aus Vukovar sogar von der „bloodthirstiness of the domestic Serbo-chetniks“ (Duric/Zoric 2009: 73).

<sup>29</sup> Natürlich gilt dies auch umgekehrt für serbische und bosnische JournalistInnen, die ohne zu hinterfragen die Positionen ihrer jeweiligen Regierungen abdruckten oder im Radio oder Fernsehen übertrugen.

<sup>30</sup> Duric und Zoric haben in ihrer Diskursanalyse die während der Tuđman-Jahre sehr regierungsnahen *Vecernji list* und die eher links-liberale *Novi list* aus Istrien untersucht.

Auch Malovic und Selnow (2001) greifen die schematische Freund-Feind-Berichterstattung während des Kriegs auf. So seien kroatischen Soldaten in der Landespresse grundsätzlich die Attribute „the good, the strong, the just“ (Malovic/Selnow 2001: 135) zugewiesen worden, während serbische Truppen in den Kriegsberichten als „the bad, dirty Serbian aggressors“ (Malovic/Selnow 2001: 135) charakterisiert wurden.

Im Krieg in Bosnien und Herzegowina hatten einige Medien aus den Erfahrungen des Bürgerkriegs gelernt. Ein paar wenige unabhängige Zeitungen berichteten erstmals von kroatischen Kriegsverbrechen und anderen Gräueltaten der ‚eigenen Seite‘ (Malovic/Selnow 2001: 136). Ihr Einfluss war jedoch gering. Die viel gelesenen Zeitungen und das Fernsehen berichteten weiterhin das, was Tuđman ihnen sagte. So wurden die bosnisch-muslimischen Streitkräfte in Berichten als ‚Mujahedin‘ bezeichnet, nachdem Tuđman die bosnischen Soldaten in einer demagogischen Rede einmal so nannte (Thompson 1994: 134f.).

Nach dem Krieg liberalisierte sich der Printmarkt zunehmend und große Medienunternehmen spielten fortan eine immer wichtigere Rolle. Die Gründung der ersten wirklich privaten Zeitung, der *Jutarnji list*, markierte 1998 auf den ersten Blick eine Zäsur in der bisherigen staats- und parteiengelenkten Medienlandschaft. Die *Jutarnji list* wurde schnell eine der größten Tageszeitungen Kroatiens und das Modell wurde populär. Es war der Beginn des Aufstiegs der *EPH* und ihrer Anteilseigner, der deutschen *WAZ* und des Medienmoguls Ninoslav Pavic.

Dass seitdem die Besitzstrukturen nicht immer ganz einfach zu durchschauen sind, zeigt das Beispiel der *Vecernji list*. Bis kurz vor der Übernahme durch die *Styria Medien AG* im Jahr 2000 gehörte die sehr beliebte Zeitung zwischenzeitlich der *Caritas Limited Fund*, einer dubiosen Briefkastenfirma, die ihren Sitz auf den karibischen Jungferninseln hat (Malovic/Selnow 2001: 147). Lange Zeit waren die Eigentumsstruktur und der Verkauf der *Vecernji list* undurchsichtig. Heute ist jedoch klar, dass die Geschäftsabwicklung auf Anweisung der HDZ geschah und die Firma Teil einer Parteistiftung war, der der HDZ-Funktionär Ivica Pasalic vorsah (Stegherr/Liesem 2010: 81). Der stille Verkauf der *Vecernji list* steht auch in engem Zusammenhang mit der Gründung des Geheimclans *Gruppo*, der sich einem *Nacional*-Bericht aus dem Jahr 2001 zufolge aus Ninoslav Pavic, Vinko Grunisi, Miroslav Kutle und Ivica Pasalic zusammensetzte. Angeblich stand der *Gruppo*-Clan in enger Verbindung zur HDZ. Das Ziel der Vereinigung soll gewesen sein, den gesamten Medienmarkt Kroatiens unter die eigene Kontrolle zu bringen (Stegherr/Liesem 2010: 85f.). Die geheime Gründung von *Gruppo* macht deutlich, wie stark der politische Parallelismus in der kroatischen Medienlandschaft und ihren Besitzstrukturen während dieser Zeit verankert war.

Der Erfolg Pavics kann also nicht als wirkliche Wende in den Besitzstrukturen kroatischer Medien gesehen werden, sondern muss vielmehr als eine Verlagerung des Monopols auf einen Zirkel HDZ-naher Medien- und Politikfunktionäre verstanden werden. Dass Pavic aufstieg und damit die Grundlage für das heutige *EPH*-Imperium schuf, lag einzig und allein an den Wirren der politisch-wirtschaftlichen Verflechtungen im kroatischen Medienbereich. Es ist unklar, inwieweit die HDZ-Führung die Beteiligung Pavics an der *EPH* für guthieß. Kritische JournalistIn-

---

nen wie der ehemalige *Nacional*-Chefredakteur Ivo Pukanic sahen allerdings eine ganz klare Verbindung zwischen dem großen Medienkonzern und der führenden kroatischen politischen Kraft der 1990er Jahre: „Die EPH ist nichts anderes als eine Marionette des ultrarechten Flügels der HDZ-Partei von Kroatiens ehemaligem Staatschef Tuđman“ (Flottau 2002: 109).

Dennoch hatte sich nach dem Krieg viel in der Presselandschaft des Landes verändert. Viele Zeitungen berichteten direkt nach Ende der Kampfhandlungen über die Ereignisse aus dem Krieg und untersuchten nachträglich die kroatische Beteiligung an Kriegsverbrechen (Malovic/Selnow 2001: 135f.). Kritische Stimmen in der Presse wurden immer lauter und lehnten sich gegen Tuđmans Politik auf. Als besondere Beispiele seien hier zum einen die kritische Wochenzeitung *Feral Tribune* aus Split und zum anderen das Wochenmagazin *Nacional* erwähnt. Ersteres war bis 1993 eine Wochenbeilage der *Slobodna Dalmacija*. Nach der Übernahme der *Slobodna Dalmacija* durch den HDZ-loyalen Medientycoon Miroslav Kutle löste sich die *Feral*, wie sie bis heute häufig genannt wird, jedoch von der Regionalzeitung, um sich ihre Unabhängigkeit zu bewahren. Und so karikierte sie als eine der wenigen Zeitungen sowohl während als auch nach dem Krieg die Tuđman-Regierung, indem sie den Präsidenten zum Beispiel zusammen mit Slobodan Milosevic oder dem Ustascha-Anführer Ante Pavelic in einer Badewanne zeigte (Kurspahic 2003: 175). Die *Feral* war bis zu ihrem finanziellen Ruin, der Ende 2007 das endgültige Aus bedeutete, äußerst beliebt. Vor allem in den Jahren vor Tuđmans Tod traf sie den politischen Nerv der kroatischen Gesellschaft. Die *Nacional* ist ebenfalls ein unabhängiges Wochenmagazin. Sie ist von ehemaligen Redakteuren des Wochenmagazins *Globus* gegründet worden, die nicht mehr mit den redaktionellen Richtlinien und der schrittweisen Entpolitisierung des *Globus* einverstanden waren. (Malovic 2004: 129; Stegherr/Liesem 2010: 80). Besonders bekannt ist das *Nacional*-Magazin seit eines 1999 erschienenen Artikels von Ivo Pukanic und Robert Bajrusi über einen Fußballskandal, in den auch Präsident Tuđman verwickelt gewesen war. Die Journalisten konnten dem damaligen Präsidenten nachweisen, dass er den kroatischen Geheimdienst damit beauftragte, die Telefone von SportjournalistInnen, wichtigen FußballrepräsentantInnen und SchiedsrichterInnen abzuhören und sie privat zu beschatten, um den Ausgang der Meisterschaft zu beeinflussen (Kurspahic 2003: 181). Einige Jahre später stellte sich heraus, dass diese Aktion Teil eines größeren Lauschangriffs gegen kritische kroatische JournalistInnen war (Kurspahic 2003: 181; World Association of Newspapers 2003: 93). Der Bericht der *Nacional* war einer der ersten Artikel, der Tuđman durch einen direkten Vorwurf unter Druck setzte und somit das Muster des politischen Parallelismus kurzzeitig unterbrach.

In den letzten Regierungsjahren Tuđmans liberalisierte und demokratisierte sich langsam auch das staatlich gelenkte Fernsehen und Radio *HRT* und schlug Entwicklungspfade ein, die nach dem Tod Tuđmans unter der neuen sozialdemokratischen Regierung weiter verfolgt wurden. Die entscheidenden Figuren sind Mirko Galic und Damir Matkovic. Galic übernahm Ende 1997 das Management von *HRT*, um den Sender zu reformieren. Er hielt jedoch als *HRT*-Chef nur anderthalb Jahre durch und räumte seinen Posten freiwillig im Februar 1999, weil der Sender aus seiner Sicht noch immer zu starke Beziehungen zur Regierung unterhielt (Kurspahic 2003: 179). Matkovic trat Galics Erbe im weiteren Kampf in Richtung unabhängiges Fernsehen an. Er ist

Gründer des *Forums 21*, das viel für die stärkere Professionalisierung der kroatischen JournalistInnen erreicht hat und im nächsten Unterkapitel noch einmal genauer beschrieben wird.

Ein Ausnahmefall und eines der wenigen Gegenbeispiele des sonst während der Tuđman-Ära sehr starken politischen Parallelismus im Rundfunk ist *Radio 101*. Der freie und unabhängige Sender ist bis heute für seine investigative Berichterstattung bekannt. Da der Sender aus Tuđmans Sicht seiner Politik im Weg hätte stehen können, wollte der Präsident *Radio 101* kleinhalten. Da Tuđmans HDZ mit fünf von neun Sitzen im Rat für Telekommunikation<sup>31</sup> eine Mehrheit sicher war, wurde *Radio 101* 1996 kurzerhand die Sendelizenz entzogen (Malovic/Selnow 2001: 8). Der Lizenzentzug löste internationalen und nationalen Druck aus. Am 21. November 1996 hatten sich schließlich rund 100.000 DemonstrantInnen auf einem zentralen Platz in Zagreb versammelt, um gegen das Ende des unabhängigen Radios zu protestieren (Stegherr/Liesem 2010: 89). Die Regierung fügte sich dem Druck und gab dem Sender schließlich seine Lizenz zurück.

Die neue Koalitionsregierung ab 2000, die von den Sozialdemokraten der SDP angeführt wurde, reformierte und sanierte den Rundfunksektor grundlegend und stärkte auch die weitere Privatisierung von Printmedien. Das medienpolitische Ziel der Koalition war es, den Staat aus Medienangelegenheiten so weit wie möglich herauszuhalten und stattdessen kommerzielle Medien vermehrt in Wettbewerb zueinander treten zu lassen (Popovic et al. 2010: 6). So wurde bei Radio und Fernsehen der Weg für ein duales Rundfunksystem geebnet. Bereits 2000 ging mit *Nova TV* erstmals auch auf nationaler Ebene ein Privatsender auf Sendung. Unter der Minderheitenregierung der HDZ erhielt schließlich auch *RTL Televizija* eine Fernsehlizenz. Aus dem staatlichen Sender *HRT* wurde 2003 ein öffentlich-rechtlicher Sender. Auch der für die Vergabe der Lizenzen zuständige Rat für Telekommunikation, der zu Tuđmans Regierungszeit eine deutliche HDZ-Mehrheit inne hatte, wurde reformiert und seine Arbeit wurde auf zwei Räte aufgeteilt: (i) den *HRT-Rat*, der seit 2001 für die Programmgestaltung der *HRT*-Sender verantwortlich ist, und (ii) der Rat für elektronische Medien, der seit 2003 die Zulassung von Rundfunklizenzen und Konzessionen regelt (Popovic et al. 2010: 16). Da sich die neue Regierung um eine Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure bemühte, die unter Tuđman nicht denkbar gewesen wäre (vgl. Kapitel 3.4), setzte sich der 2001 neu gegründete *HRT-Rat* zunächst aus 25 Mitglieder zusammen, die von gesellschaftlichen Organisationen, Verbänden und Vereinigungen autonom gewählt wurden (Zakosek/Marsic 2010: 818). Diesen Rat gab es jedoch nur knapp zwei Jahre. 2003 wurde schließlich der neue *HRT-Rat* eingeführt, ein elfköpfiges Gremium, das einen höheren politischen Parallelismus aufweist, weil die Mitglieder in einem öffentlichen Ausschreibungsverfahren vom Sabor gewählt werden. Allerdings werden sie von zivilgesellschaftlichen Organisationen vorgeschlagen und nur durch das Parlament bestätigt (Zakosek/Marsic 2010: 818). ParteipolitikerInnen des Parlaments und der Regierung dürfen nicht im Rat vertreten sein. Der Rat für elektronische Medien besteht dagegen aus sieben Mitgliedern, die auf Vorschlag der Regierung vom Parlament gewählt werden (Popovic et al. 2010:

---

<sup>31</sup> Der Rat für Telekommunikation war bis 2003 für die Vergabe von Rundfunklizenzen zuständig und wurde von der HDZ kontrolliert.

15f.). Hier bestehen keine zivilgesellschaftlichen Verbindungen und es ist ein stark politisch bestimmtes Gremium, dessen Aufgabe die Sendelizenzvergabe ist. Hier wird deutlich, dass sich die zivilgesellschaftlichen Entwicklungen in Kroatien teilweise auch auf das Mediensystem und die Governance der öffentlich-rechtlichen Strukturen übertragen haben. Allerdings bleibt immer noch festzustellen, dass die zivilgesellschaftliche Konsolidierung in Kroatien noch nicht so weit fortgeschritten ist, als dass zivilgesellschaftliche Akteure allein die Governance des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Kroatien übernehmen könnten.

Auch in der Presselandschaft wollten die Regierungen nach Tuđman das Erbe des autoritären Präsidenten beseitigen – zumindest nach außen hin. So wurde die *Vecernji list* auf Betreiben der damaligen sozialdemokratischen Regierung unter Ivica Račan aus den undurchsichtigen Besitzstrukturen befreit und dem österreichischen Medienkonzern *Styria Medien AG* angegliedert. Die mutmaßlichen *Grupo*-Mitglieder Pavić und Grubić wurden nach den Berichten über den Geheimclan festgenommen. Allerdings waren die Medienmogule nur zwei Tage in Haft. Es wird angenommen, dass Premierminister Račan höchstpersönlich dafür gesorgt habe, dass die beiden Männer aus der Haft entlassen wurden. Dem Politiker wird ein gutes Verhältnis zu Pavić nachgesagt (Stegherr/Liesem 2010: 86). Dafür spräche auch die positive Berichterstattung über die Nachfolgeregierung Tuđmans, die in den Pavić- beziehungsweise *EPH*-Publikationen *Jutarnji list* und *Globus* zu lesen war (Stegherr/Liesem 2010: 86). Auch wenn Račan viel für eine demokratische und freie Entwicklung des kroatischen Mediensystems getan hat, so muss es dennoch als realistische Vermutung angesehen werden, dass auch unter der neuen sozialdemokratischen Regierung Pavićs Monopolisierungsstrategie weiter geduldet wurde. Die politisch-wirtschaftlichen Verbindungen innerhalb der Medienwirtschaft waren also auch nach dem Tod Tuđmans weiterhin vorhanden. Die großen Medienkonzerne wurden zu immer wichtigeren Akteuren. Das hatte zwar zur Folge, dass die gewünschte Entpolitisierung der Medien voranschritt. Allerdings mit dem Nachteil, dass die Yellowpress eine immer wichtigere Rolle spielte und sich die Medien nicht nur strukturell, sondern auch inhaltlich stärker entpolitisierten (Stegherr/Liesem 2010: 77ff.).

Im März 2003 ist schließlich etwas Unvorhersehbares passiert, das dem Machtimperium des Pavić-*EPH*-Regimes einen neuen Beigeschmack verlieh: Eine Bombe explodierte unter Ninoslav Pavićs Geländewagen. Man vermutet, dass mafiöse Organisationen hinter dem Anschlag stecken. Pavić selbst ist nichts passiert, weil er zum Zeitpunkt der Detonation nicht im Wagen saß. Es gibt drei verschiedene Erklärungsmuster für den Anschlag: Erstens, vermutete das *EPH*-Magazin *Globus*, aber auch die unabhängige *Novi list*, dass die kroatische Mafia Pavić töten wollte, weil kroatische Medien – auch die der *EPH* – über Verbrechen der Mafia erstmals offen berichteten. Eine zweite Erklärung lieferte das investigative Magazin *Nacional*. Die Redakteure dort gingen davon aus, dass Pavić selbst in Mafiageschäfte verwickelt war und sich nicht an Absprachen gehalten habe. Eine dritte und letzte Erklärung, die Ninoslav Pavić indirekt bestätigte, interpretierte den Anschlag als Racheakt der serbischen Mafia, nachdem Pavić seine Absicht erklärte, das *EPH*-Imperium auf den serbischen Markt auszubreiten (Stegherr/Liesem 2010: 86).

2008 wurde auch *Nacional*-Redakteur Pukanic Opfer eines Mafia-Anschlags. Seine Zeitung klärte unter anderem Zigarettenschmuggel-Geschäfte der Mafia auf, in die auch der damalige montenegrinische Ministerpräsident Dukanovic verwickelt war. Die Detonation einer Bombe direkt neben Pukanics Wagen tötete den Journalisten und seinen Marketingchef Niko Franjic (Stegherr/Liesem 2010: 87; Zakosek/Marsic 2010: 818). Die beiden Anschläge unterstreichen die Macht der informellen Akteure im politischen System und im Mediensystem Kroatiens.

Rückblickend lässt sich sagen, dass sich die zu erwartenden Vermutungen hinsichtlich der medienpolitischen Orientierungen teilweise bestätigen lassen. So war das Mediensystem während der autoritär geprägten Tuđman-Ära tatsächlich von atavistischen Orientierungen gekennzeichnet. In diesem Kapitel wurde deutlich, dass die Instrumentalisierung der Medien während der Kriege in Kroatien und Bosnien und Herzegowina besonders groß war. Und auch die darauf folgende Post-Tuđman-Ära weist wie erwartet Elemente einer mimetischen Orientierung auf. Dazu gehören vor allem die Einführung des dualen Rundfunksystems in Kroatien, das ähnlich wie seine westlichen Vorbilder strukturiert ist. Zum anderen deutet aber auch die zunehmend wichtige Rolle ausländischer Medienkonzerne auf diese Orientierung hin.

Hinzufügen könnte man allerdings, dass sich ab 2000 materialistische Orientierungen mit den mimetischen Orientierungen in der Medienpolitik mischen. Denn nach dem Tod Tuđmans war es in Kroatien zur medienpolitischen Prämisse geworden, Probleme im Mediensektor durch weitreichende Privatisierungen zu lösen. Die Folgen sind bis heute im Aufstieg und der wichtigen Rolle großer internationaler Medienkonzerne sichtbar.

Mit Blick auf den politischen Parallelismus lässt sich sagen, dass die atavistischen Orientierungen der Tuđman-Ära mit einem starken politischen Parallelismus einhergehen. Seit 2000 nimmt der politische Parallelismus jedoch ab. Es bestehen aber weiterhin politische Verflechtungen zwischen Politik und Medien: zum einen durch die parlamentarische Mitbestimmung in den Rundfunkräten und zum anderen in der politischen Orientierung der Medien, die auch stark von ihren Eigentümern abhängt.

Ferner lassen sich auch Querverbindungen zum politischen Transformationsprozess in Kroatien herstellen. So deuten die Bemühungen der Post-Tuđman-Regierungen, zivilgesellschaftliche Akteure in die Governance-Organisationen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit einzubeziehen, auf eine parallele Entwicklung zur allgemeinen zivilgesellschaftlichen Konsolidierung in Kroatien hin. Zum anderen zeigen die Anschläge auf Ninoslav Pavic, Ivo Pukanic und Niko Franjic, dass sich der Machtbereich der Mafia in Kroatien nicht auf das politische System beschränkt.

Im Sinne der für die Beziehung zwischen Politik und Medien angenommenen Interdependenz zwischen beiden Systemen muss allerdings erwähnt werden, dass die kroatischen Medien auch Einfluss auf das politische System genommen haben – wenn auch selten. Die Einflussnahme ging vor allem von investigativen und unabhängig berichtenden Publikationen und Sendern aus, wie zum Beispiel der aufgedeckte Fußballskandal um Franjo Tuđman im investigativen Magazin *Nacional* zeigt.



Nachdem in diesem Unterkapitel die Beziehungen zwischen dem politischen System und dem Mediensystem Kroatiens beleuchtet wurden, soll in einem nächsten Schritt das Selbstverständnis der kroatischen JournalistInnen analysiert werden. Dazu eignet sich die von Hallin und Mancini vorgeschlagene Dimension der Professionalisierung.

### 4.3 Professionalisierung

Die Dimension Professionalisierung überschneidet sich teilweise mit der vorangegangenen Analysedimension des politischen Parallelismus (Hallin/Mancini 2004: 38). Ein zentraler Ausdruck dieser Dimension ist *(i) die Autonomie der JournalistInnen*. Wie frei können sie berichten, ohne Repressalien seitens des eigenen Verlags oder des Staats fürchten zu müssen? Geringe journalistische Autonomie drückt sich in Zensur oder Selbstzensur aus. Ein weiterer Indikator sind *(ii) berufliche Normen*, die zum Beispiel in Ethik- oder Berufskodizes institutionalisiert sein können. Dieser Indikator kann auch in Verbindung mit dem Autonomieindikator verstanden werden, da berufliche Normen nicht ‚von außen‘ festgelegt werden können, sondern eine gewisse Selbststeuerung voraussetzen. Nicht zuletzt soll in dieser Dimension auch *(iii) die Orientierung der Medien am öffentlichen Wohl* („*public service orientation*“) untersucht werden (Hallin/Mancini 2004: 34ff.). Von zentraler Bedeutung sind hierbei die Themenschwerpunkte der Medien. Kann man von einer Qualitätspresse sprechen, die gesellschaftlich relevante Diskurse aufgreift, oder nicht?

#### *Autonomie der JournalistInnen*

Nach dem Ende des Sozialismus in Kroatien und dem Beginn des Transformationsprozesses Anfang der 1990er Jahre strebten kroatische JournalistInnen einen Wechsel ihres Selbstbildes an. Galten JournalistInnen im Sozialismus als gesellschaftlich-politische ArbeiterInnen des Systems, sollten sie nun zu intellektuellen unparteiischen Profi-JournalistInnen werden – so zumindest der Eigenanspruch kroatischer JournalistInnen Anfang der 1990er Jahre (Malovic/Selnow 2001: 111). Nur wenige von ihnen konnten diesem Anspruch aber wirklich gerecht werden. Ein großes Problem bestand darin, dass in den meisten Redaktionen noch immer dieselben JournalistInnen saßen wie zu Zeiten des Sozialismus. Es fehlte also lange Zeit jeglicher demokratischer Impuls in der Medienlandschaft Kroatiens, weil selbst kritische JournalistInnen allerhöchstens ehemalige ReformkommunistInnen<sup>32</sup> waren. Demokratische Argumente suchte man in Kommentaren und anderen meinungsbezogenen Artikeln folglich vergebens (Melcic 2007: 320). Bis eine neue Kohorte von NachwuchsjournalistInnen heranwuchs, die diese Argumente vertraten, verging viel Zeit. Der Krieg, in dem NachwuchsjournalistInnen häufig ohne jedes Training eingesetzt wurden, um ihre ersten Erfahrungen zu sammeln, verzögerte diesen Prozess weiter (Malovic/Selnow 2001: 130). Schuld daran war aber auch ein anderer Faktor, nämlich die bereits im vorigen Unterkapitel erwähnte Besitzstruktur, die einer autonomen

<sup>32</sup> JournalistInnen in der SFRJ waren zwingend auch Mitglied des Bunds der Kommunisten.

Entwicklung des JournalistInnenberufs im Wege stand. Der Staat und die HDZ-Regierung kontrollierten unter Tuđman fast zehn Jahre lang das kroatische Mediensystem und brachten BerichterstatteInnen vom Typ der *journalist-converts* hervor, die unreflektiert wiedergaben, was die Behörden ihnen an Informationen lieferten. Dass JournalistInnen nicht die ‚andere Seite‘ betrachteten, war häufig auch berufliches Kalkül, geleitet von der Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. So funktionierte die journalistische Berichterstattung unter Tuđman beinahe genauso wie zu Zeiten des Sozialismus: JournalistInnen wussten genau, was sie durften und wo die Grenzen der Regierungskritik lagen. Sie wurden damit selbst zu ihren schlimmsten Zensurierenden (Malovic/Selnow 2001: 158).

Mit dem Aufstieg der *Jutarnji list* 1998 begann die Liberalisierung der Medien; erst im Printsektor und ab 2000 auch im Rundfunksektor. Die Liberalisierung bedeutete aber neben zunehmender quantitativer Medienvielfalt wiederum auch den wachsenden Machtanstieg großer Medienhäuser und ihrer kommerziellen Interessen (Popovic et al. 2010: 28). Durch die Konzentrationstrends innerhalb des Marktes auf zwei große wichtige Verlagshäuser, namentlich die *EPH* und die *Styria Medien AG*, laufen die JournalistInnen in Kroatien heute Gefahr, nicht autonom berichten zu können, sondern erneut den Interessen Dritter - dieses Mal denen der MedieneigentümerInnen - unterworfen zu sein.

Natürlich gab es die ganze Zeit über in Kroatien auch aktive unabhängige Medien, die diesen Logiken nicht folgen wollten. Allen voran seien in diesem Zusammenhang Medienorganisationen wie die *Feral Tribune*, *Nacional* oder das freie *Radio 101* aus Zagreb erwähnt. Ihr Einfluss weitete sich im Laufe des Transformationsprozesses zwar aus<sup>33</sup>, jedoch konnten sie es allein von ihrer Reichweite nie mit ihren regierungstreuen KonkurrentInnen beziehungsweise später mit ihren kommerziellen WettstreiterInnen aus den großen Medienhäusern aufnehmen.

### *Berufliche Normen*

Mit dem hohen Anspruch an den eigenen Berufsstand, der sich schon zu einem frühen Zeitpunkt des Transformationsprozesses in der kroatischen JournalistInnenszene entwickelte, wuchs auch der Wunsch nach institutionalisierten Berufsnormen. Bereits kurz vor den ersten demokratischen Wahlen im April 1990, die die JournalistInnen in Kroatien vor eine völlig neue Situation stellten, akzeptierte der Kroatische JournalistInnenverband (kroatisch: *Hrvatsko novinarsko društvo*, fortan HND) eine Liste von Prinzipien und Richtlinien, an denen sich die Medien in der Wahlkampfberichterstattung orientieren sollten. Der HND forderte von seinen Mitgliedern das Einhalten grundlegender berufsethischer Standards, wie den Grundsatz, unterschiedliche Meinungen und Ideen in der Berichterstattung gleichermaßen abzubilden, die Menschenrechte zu wahren, das Entstehen einer Zivilgesellschaft zu unterstützen und das grundlegende demokratische Prinzip zu akzeptieren, wonach alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht (Malovic/Selnow 2001: 115).

---

<sup>33</sup> Nachrichtenprogramme des freien Senders *Radio 101* wurden wegen ihrer großen Beliebtheit in Zagreb zum Beispiel auch von anderen kleinen regionalen Sendern übertragen (Malovic/Selnow 2001: 163f.).

1993 schließlich veröffentlichte der HND einen *Code of Ethics*, der in leicht abgeänderter Form noch bis heute gilt und Relevanz hat. Der Verhaltenskodex baut auf den oben genannten Prinzipien auf und unterstreicht in 18 Artikeln die Rechte und Pflichten kroatischer JournalistInnen. Dazu gehören unter anderem die journalistische Pflicht zur Wahrheit, Neutralität und Unabhängigkeit, die Pflicht und das Recht, Quellen zu schützen und schließlich das Recht auf freien Zugang zu Informationen (Donald W. Reynold Journalism Institute o. J.).

Zwar sind nahezu alle der gut 3.000 JournalistInnen in Kroatien auch Mitglied des HND (World Association of Newspapers 2010: 407). Dennoch sind die erwähnten Rechte und Pflichten noch lange nicht flächendeckend in Kroatien umgesetzt. Ein Problem ist, dass der Verhaltenskodex des HND auf moralische Verurteilungen begrenzt ist. So gibt es zwar einen HND-Ethikrat, der sich um die Achtung des Kodex' kümmert, sein stärkstes Sanktionsmittel beschränkt sich jedoch auf öffentliche Rügen, die ohne Folgen bleiben (Buric 2007: 335).

Der HND und die kroatische JournalistInnengewerkschaft empfehlen ihrem Berufsstand weitere Formen der Selbststeuerung und verweisen zum Beispiel auf Instrumente wie Redaktionsstatute mit besonderen Verhaltensrichtlinien. Abgesehen von wenigen Einzelfällen werden solche Vorschläge von kroatischen Medienorganisationen jedoch nur selten umgesetzt (Popovic et al. 2010: 23).

Der HND ist mit Blick auf die zivilgesellschaftliche Entwicklung in Kroatien nicht zu unterschätzen. Der Verband hat bereits in Zeiten des Tuđman-Regimes äußerst erfolgreich zwischen JournalistInnen und Politik vermittelt und unerlaubte Eingriffe in die Pressefreiheit kontinuierlich gerügt. Nach dem Tod Tuđmans und der langsamen Konsolidierung zivilgesellschaftlicher Strukturen (vgl. Kapitel 3.4) verschaffte sich die Vereinigung noch mehr Gehör und wirkte sogar an der Gestaltung einiger Mediengesetze mit (Popovic et al. 2010: 17).

Was der HND für alle JournalistInnen ist, ist das *Forum 21* für den Rundfunksektor. Sein Gründer Damir Matkovic schuf Ende 1997 eine Organisation, die sich erstmals für Qualitätsdebatten im staatstreuen Rundfunksender *HRT* stark machte. Die Nichtregierungsorganisation aus 24 RundfunkjournalistInnen hatte sich das Ziel gesetzt die politische Kontrolle über *HRT* so weit wie möglich einzudämmen (Malovic 1997: 70). Bei ihren Reformvorschlägen, die sich insbesondere an westlichen Rundfunkmodellen<sup>34</sup> orientierten, konnte sich die Initiative dabei der Unterstützung seitens der Öffentlichkeit und der bis dahin oppositionellen Parteien wie der SDP sicher sein (Matkovic et al. 2002: 4). Auch wenn nicht alle Forderungen eingelöst wurden, so verschaffte sich das *Forum 21* dennoch Gehör bei der HDZ-Führung, der die Initiative erwartungsgemäß ein Dorn im Auge war (Malovic 1997: 71). Mit Blick auf die zivilgesellschaftliche Entwicklung ist das *Forum 21* deshalb nur schwerlich zu überschätzen. Allerdings ist es kein Zufall, dass sich die Initiative Ende 1997 bildete, also kurz nachdem europäische Institutionen erfolgreich Druck auf Tuđman bezüglich seiner restriktiven Vereinsregistrierungspolitik ausgeübt hatten (Kapitel 3.2). Ohne diese Rahmenbedingung wäre die Bildung des JournalistInnen-Fo-

---

<sup>34</sup> Das *Forum 21* schlug gegenüber der Regierung zum Beispiel eine Dezentralisierung des *HRT* mit mehreren Regionalrundfunkanstalten nach deutschem, französischem oder dänischem Vorbild vor (Matkovic et al. 2002: 9). *HRT* ist jedoch bis heute stark zentral organisiert.

rums nicht möglich gewesen, was darauf hindeutet, dass auch hier eine parallele Entwicklung zum politischen Transformationsprozess stattfand.

### *Public service orientation*

Hallin und Mancini gehen davon aus, dass sich Mediensysteme und ihre Akteure danach unterscheiden lassen, *für wen* sie schreiben beziehungsweise *welche Motivation* hinter der Berichterstattung steckt. Die Kernfrage dieser Dimension lautet, ob JournalistInnen einen gewissen ‚Altruismus‘ bei ihrer täglichen Arbeit verfolgen und berichten, was gesellschaftlich relevant und sinnvoll ist, oder ob JournalistInnen nur aus ‚kaltem Kalkül‘ ihren Job nach wirtschaftlichen und karrierefördernden Aspekten erfüllen (Hallin/Mancini 2004: 36). Bei dieser Beschreibung fällt auf, dass die Frage nach der Orientierung sich zum Teil in dem in dieser Dimension aufgenommenen Punkt der journalistischen Autonomie wieder findet. Die Orientierung fragt jedoch mehr nach tatsächlichen Inhalten, während die journalistische Autonomie die strukturellen Bedingungen der Berichterstattung untersucht. Ein Indikator für Orientierung nach gesellschaftlich relevanten Inhalten ist zum Beispiel die Existenz einer Qualitätspresse<sup>35</sup>.

Von einer Qualitätspresse kann in Kroatien bis heute allerdings nur schwerlich die Rede sein (Stegherr/Liesem 2010: 78). Wie die Analyse des Medienmarkts bereits gezeigt hat, sind kurze Fernsehnachrichten für die meisten KroatInnen die Hauptinformationsquelle. Sogar das öffentlich-rechtliche Fernsehen verwendet in seinen Nachrichten häufig nur eine Quelle und nutzt Ausdrücke wie ‚angeblich‘ oder ‚mutmaßlich‘, um die Unsicherheit der Information auszudrücken. „With such praxis on public television, we shouldn’t expect more from commercial television stations“, wird im Report des jüngsten *Media Sustainability Index* die Medien- und Politikwissenschaftlerin Viktorija Car der Universität Zagreb zitiert (International Research and Exchanges Board 2010: 47). Im Printsektor sprechen vor allem günstige Zeitungen im Tabloid-Format und Boulevardberichterstattung die kroatischen LeserInnen an. Es fällt auf, dass dieser Boulevardisierungstrend in Kroatien verstärkt mit dem Aufstieg privatwirtschaftlicher Medienkonzerne wie der *EPH* und der *Styria Medien AG* aufgetaucht ist. Es liegt deshalb der Verdacht nahe, dass dieser Druck auch von den Verlagen ausgeht, die möglichst attraktiv für ihre LeserInnen sein möchten (International Research and Exchanges Board 2010: 47). Kurz nach der ersten Ausgabe der *Jutarnji list* brach in Kroatien sogar ein regelrechter ‚Medienkrieg‘ um die Aufmerksamkeit der LeserInnen aus (Malovic/Selnow 2001: 164). Das Ergebnis waren kurze Schlagzeilen, eine Verkürzung von Zusammenhängen und damit auch eine Abnahme journalistischer Qualität<sup>36</sup> (Malovic/Selnow 2001: 165).

---

<sup>35</sup> Hallin und Mancini liefern keine explizite Definition für den Begriff der Qualitätspresse oder -medien. Sie grenzen den Begriff jedoch zu anderen Mediengattungen wie den Boulevardmedien ab (Hallin/Mancini 2004: 12). Auch Malovic und Vilovic (2004) weisen auf diese Definitionslücke in der Literatur hin. Sie definieren Qualitätsberichterstattung als umfassende analytische Berichterstattung mit einem sachlichen Unterton, die sich einem relativ hohen Sprachniveau bedient. Themenschwerpunkte werden eher auf internationale Nachrichten, Politik- und Wirtschaftsberichterstattung gelegt statt auf Gerüchte über Personen des öffentlichen Lebens (Malovic/Vilovic 2004: 93f.).

<sup>36</sup> Malovic und Selnow führen das Beispiel von Verkehrsberichten auf, die falsche Zahlen enthielten (Malovic/Selnow 2001: 165).

Stegherr und Liesem (2010) schätzen, dass all diese Trends, die auf ein Schwinden einer unabhängigen und kritischen Medienöffentlichkeit hindeuten, dazu führen könnten, dass sich der Demokratisierungsprozess und die weitere Annäherung Kroatiens an die EU verlangsamen und gesellschaftspolitische Konfliktpotentiale damit schnell wieder zum Manipulationsfeld der politischen Entscheidungsträger werden könnten (Stegherr/Liesem 2010: 99).

Dass es auch anders gehen kann, zeigen die unabhängigen Medien. *Radio 101* hatte zum Beispiel zu Beginn des Transformationsprozesses eine eigene Parlamentssendung im Programm (*101 Parliament Show*), die eine Art interaktive Demokratieförderung war, bei der Zuhörer ihre Fragen zum politischen System an die Studiogäste, oftmals hohe Regierungsbeamte, stellen konnten (Malovic/Selnow 2001: 161). Außerdem sei an dieser Stelle auch an die investigativen Recherchen der *Nacional* erinnert. Angeblich erlebt der investigative Journalismus in Kroatien heute sogar eine Wiederkehr – und das trotz des finanziellen Drucks, der auf der Medienbranche lastet (International Research and Exchanges Board 2010: 42ff.). Auch wenn diese jüngsten Zeichen auf eine positive Entwicklung der Qualitätspresse hindeuten, bleibt abzuwarten, wie sich die Konjunktur investigativer Berichterstattung weiterentwickelt.

Es lässt sich zusammengefasst festhalten, dass der Professionalisierungsgrad des kroatischen Journalismus nicht sehr weit fortgeschritten ist und einige Defizite aufweist. Die Autonomie, das Setzen von beruflichen Standards und die Qualitätsberichterstattung sind in Kroatien zunächst unter Tuđman durch Staat und Regierung behindert worden. Nach der Öffnung des Medienmarkts waren es schließlich die Interessen der beiden großen Medienkonzerne *EPH* und *Styria Medien AG*, die durch ihren anhaltenden Kampf um die Aufmerksamkeit ihres Publikums eine Gefahr für qualitativ hochwertigen und unabhängigen Journalismus darstellten. Nichtsdestotrotz hat sich seit Beginn des Transformationsprozesses über die ganze Zeit eine kleine Nische investigativer Magazine und Rundfunksender in Kroatien etabliert, die diesem Trend entgegenwirkt und offenbar derzeit an Beliebtheit gewinnt.

#### 4.4 Grad und Natur möglicher staatlicher Interventionen

Abschließend sollen in diesem Kapitel der Grad und die Natur möglicher staatlicher Interventionen im kroatischen Mediensystem analysiert werden. Dazu sollen zunächst eindeutige Seilschaften zwischen Staat und Medien durch die Identifizierung von (i) *staatseigenen oder staatsabhängigen Medienorganisationen* herausgestellt werden. Hier soll auch noch einmal gesondert auf die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens eingegangen werden. Anschließend soll die (ii) *relevante Gesetzgebung* auf mögliche staatliche Interventionspotentiale analysiert werden, um strukturelle Behinderungen in der täglichen Berichterstattung zu beleuchten.

### *Staatseigene oder staatsabhängige Medienorganisationen*

Die laut Hallin und Mancini wichtigste und eindeutigste Form der staatlichen Intervention bilden Medienorganisationen, die in staatlichem oder teilweise staatlichem Besitz sind (Hallin/Mancini 2004: 43). Der Rundfunksender *HRT* mit seinen heute zwei Fernsehkanälen *HTV1* und *HTV2* und seinen drei Radioprogrammen *HR1*, *HR2* und *HR3* war bis zu seiner Umwandlung zu einem öffentlich-rechtlichen Sender im Jahr 2003 ein reiner Staatssender, der ausschließlich von der kroatischen Regierung finanziert wurde. Vor allem in Zeiten der Tuđman-Ära versuchte die kroatische Regierung, durch eine restriktive Lizenzvergabepolitik und hohe Konzessionsgebühren Medieninhalte der TV- und Hörfunksender zu kontrollieren und sich so de facto ein *HRT*-Staatsmonopol auf nationaler Ebene zu schaffen (Malovic/Selnow 2001: 7). Folglich waren Radio und vor allem Fernsehen für Tuđman, wie bereits in den vorangegangenen Ausführungen gezeigt, ein effektives Propagandawerkzeug für die uneingeschränkte Übermittlung seiner nationalistischen Politik. Nur wenige Ausnahmen, wie zum Beispiel *Radio 101* oder der im Jahr 2000 gegründete private Fernsehsender *Nova TV*, konnten diesem Trend während Tuđmans Regierungsperiode entgegenwirken. Dadurch, dass, wie in Kapitel 4.2 erwähnt, der Rat für elektronische Medien, der die Lizenzvergabe im Rundfunksektor festlegt, noch immer parlamentarisch auf Empfehlung der Regierung berufen wird, ist im Rundfunkbereich noch immer eine gewisse Kontrolle durch die Regierung und den Staat vorhanden (International Research and Exchanges Board 2010: 45). Hinzu kommt, dass der kroatische Staat *HRT* auch finanziell begünstigt. Auch wenn die Regierung seit der Umstrukturierung des Senders keine direkten finanziellen Zuwendungen an *HRT* gezahlt hat, duldet sie dennoch eine gewisse Wettbewerbsverzerrung auf dem Anzeigenmarkt, die *HRT* klar bevorteilt. So kontrolliert allein das kroatische öffentlich-rechtliche Fernsehen 60 Prozent des TV-Anzeigenmarkts, was in absoluten Zahlen ausgedrückt einer Größenordnung von 250 Millionen US-Dollar entspricht (International Research and Exchanges Board 2009: 52). Dazu kommen noch etwa 150 bis 170 Millionen US-Dollar aus den verpflichtenden Rundfunkgebühren (International Research and Exchanges Board 2009: 52; International Research and Exchanges Board 2010: 50). Die Einnahmen der ZuschauerInnen helfen *HRT* die Anzeigenpreise unter denen der privaten Konkurrenz zu halten (International Research and Exchanges Board 2010: 50).

Im Printsektor pflegen zwei Medienorganisationen Beziehungen zum Staat. Zum einen sei die Tageszeitung *Vjesnik* erwähnt, die bis heute im staatseigenen Verlag *Narodne novine* produziert wird. Das Verlagshaus wird direkt von der Regierung geleitet (World Association of Newspapers 2010: 404). Zum anderen sei die kroatische Nachrichtenagentur *HINA* erwähnt. Sie wird noch immer vom kroatischen Staat finanziell unterstützt, obwohl sie 2001 zu einer öffentlich-rechtlichen Nachrichtenagentur reformiert wurde, die sich einer Berichterstattung mit „independent, impartial and professional news“ (Gesetz über die Kroatische Nachrichtenagentur 2001: Art. 5) verschrieben hat.

Als weiterer Einflusskanal des Staates sei an dieser Stelle die Zustellerfirma *Tisak* genannt, obgleich gesagt werden muss, dass dieser Einflusskanal heute nicht mehr vom Staat genutzt wird. Damit die Zeitungen und Zeitschriften die Verkaufsstände erreichen, hat jedes Medien-

system seine Distributionskanäle. In Kroatien wird dieser Markt bis heute von der Firma *Tisak* dominiert. Vor allem unter der Tuđman-Regierung wurde *Tisak* als Instrument missbraucht, um unangenehme Presseorgane mundtot zu machen (Malovic/Selnow 2001: 142f.). So behielt die Firma, die lange Zeit staatlich war, Verkaufsgewinne von kritischen Zeitungen einfach ein oder lieferte die Zeitungen erst gar nicht aus, um ein Druckmittel gegen die Redaktionen zu schaffen (Malovic/Selnow 2001: 143). Zwischenzeitlich wurde die Verteilerfirma von dem mutmaßlichen *Gruppo*-Mitglied Miroslav Kutle geführt, was nichts daran änderte, dass regierungskritische Zeitungen falsch oder gar nicht zugestellt wurden. Nachdem 2004 Kutle infolge eines Korruptionsskandals um *Tisak* schließlich verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, übernahm ein anderes mutmaßliches *Gruppo*-Mitglied, der Medienmogul und *EPH*-Chef Ninoslav Pavic, *Tisak* und privatisierte das Unternehmen damit vollständig (Malovic 2004: 135). Heute gilt *Tisak* als „efficient, market- and profit-oriented company“ (International Research and Exchanges Board 2010: 53). Die Firma genießt de facto noch immer eine Monopolstellung.

### *Gesetzgebung*

Die tägliche Arbeit von Medienorganisationen in Kroatien ist durch fünf Rechtsquellen geregelt. An oberster Stelle können Medienvertreter auf (i) die verfassungsmäßig geschützte Meinungs- und Pressefreiheit zurückgreifen. Weitere Rechtsquellen sind (ii) das neue Mediengesetz von 2004, (iii) das neue Gesetz über elektronische Medien von 2009, (iv) das überarbeitete *HRT*-Gesetz von 2010 und (v) das kroatische Informationsfreiheitsgesetz von 2003. Alle Gesetze sind seit Beginn der offiziellen Beitrittsverhandlungen mit den Standards der EU harmonisiert worden<sup>37</sup> (Popovic et al. 2010: 32). Ein umfassendes Screening durch die EU hat in Kroatien 2006 begonnen und wurde 2008 positiv abgeschlossen (Europäische Kommission 2006; Europäische Delegation in Kroatien 2008).

Medien-, Presse- und Meinungsfreiheit sind in der Verfassung, dem Mediengesetz von 2004 und dem Gesetz über elektronische Medien geregelt. Die Basis bildet Artikel 38 der kroatischen Verfassung von 1990:

---

<sup>37</sup> Die Standards der Mediengesetzgebung und Freiheit der Medien in der EU sind im zehnten Kapitel des *acquis communautaire* unter dem Titel *Informationsgesellschaft und Medien* verankert.

„Meinungsfreiheit und die Freiheit der Meinungsäußerung werden gewährleistet. Die Freiheit der Meinungsäußerung schließt insbesondere die Freiheit der Presse und anderer Kommunikationsmittel, die Redefreiheit, die Freiheit öffentlichen Auftretens und die freie Gründung aller öffentlichen Einrichtungen der öffentlichen Berichterstattung ein.

Die Zensur ist verboten. Journalisten haben das Recht auf freie Berichterstattung und freien Zugang zu Informationen.

Das Recht auf den Zugang zu Informationen, die in Besitz von Behörden stehen, wird gewährleistet. Die Einschränkungen des Rechts auf den Zugang zu Informationen müssen in jedem Einzelfall proportional zur Notwendigkeit der Einschränkung sein, sowie sie in einer freien und demokratischen Gesellschaft notwendig und durch Gesetz geregelt sind.

Jedem, dem durch eine öffentliche Nachricht ein durch die Verfassung oder das Gesetz zuerkanntes Recht verletzt wurde, wird das Recht auf Gegendarstellung gewährleistet.“ (Kroatische Verfassung 2010: Art. 38).

Der Artikel 38 der Verfassung ist richtungsweisend für die beiden anderen Gesetze in Kroatien, die die Medien-, Presse- und Meinungsfreiheit in Kroatien garantieren. Das Besondere ist jedoch, dass die kroatische Verfassung damit bereits seit ihrer Verabschiedung 1990 das Fundament für eine freie Presse legte. Dass dieses Potential jedoch nicht von Beginn des Transformationsprozesses an genutzt wurde, zeigt sich wohl am deutlichsten in der in Kapitel 4.2 beschriebenen Mediensituation während des Kroatienkriegs.

Schaut man sich den Verfassungsartikel genauer an – das gleiche gilt für das Mediengesetz und das Gesetz über elektronische Medien (Popovic et al. 2010: 18ff.) – fällt außerdem auf, dass die gewährte Meinungs- und Pressefreiheit in der kroatischen Verfassung dort ihre Grenzen finden, wo die Rechte Dritter durch Berichterstattung verletzt werden. Die ungenaue Ausformulierung dieser möglichen Freiheitseinschränkungen weiteten insbesondere zu Beginn des Transformationsprozesses den interpretatorischen Spielraum für die Auslegung des Verfassungsartikels derart aus, dass einer Beschneidung der Presse- und Meinungsfreiheit Tür und Tor geöffnet wurde (Malovic/Selnow 2001: 141). So missbrauchte die Tuđman-Regierung den Verleumdungsschutz, zum Beispiel indem sie gesetzlich festlegte, dass nicht nur Privatpersonen, sondern auch öffentliche Personen vor jeglicher kritischen Berichterstattung geschützt werden sollten. Konkret geht es dabei um die Artikel 71 und 191 des kroatischen Strafgesetzbuchs, die lange Zeit dafür sorgten, dass Kroatien das einzige Land Europas war, in dem JournalistInnen Haftstrafen zu fürchten hatten bei „slander or insult to the character of the President [or other officers] to the republic.“ (Malovic/Selnow 2001: 6) Neben PräsidentIn waren in Kroatien damit per Gesetz auch die MinisterpräsidentIn, die PräsidentIn des Sabors, die PräsidentIn des Verfassungsrats und des Obersten Gerichtshofs immun gegen jede Form der kritischen Berichterstattung. Ferner regelte das Strafgesetzbuch, dass JournalistInnen auch bei „[i]nsult, ‚mental anguish‘ and ‚concern““ (Malovic/Selnow 2001: 6) mit Gefängnisstrafen zu rechnen hätten – alles jedoch ohne genaue Definitionen darüber, was im Einzelnen mit diesen Tatbeständen gemeint ist. Die Freiheitsstrafen sind 2006 aus den strittigen Artikeln des Strafgesetzbuchs entfernt worden (Europäische Kommission 2006: 4). Dennoch werden die Regelungen im Strafgesetzbuch weiterhin in privaten Prozessen verwendet und resultieren dort häufig in hohen Entschädigungsansprüchen (Zakosek/Marsic 2010: 816).



Heute lassen sich an den Gesetzen noch immer ihre vagen Formulierungen kritisieren. So bemängeln Popovic et al. (2010), dass es den Gesetzen an genauen Kriterien für die Definition von Medienfreiheit und ihren Grenzen fehlt (Popovic et al. 2010: 19). Das Mediengesetz von 2004 und das Gesetz über elektronische Medien unterscheiden sich dahingehend, dass das Mediengesetz übergreifend für alle Medienformen gilt, während das Gesetz über elektronische Medien den Inhalt und die Lizenzvergabe für audiovisuelle Programme, Radioprogramme und elektronische Publikationen regelt. Es ist dabei erstaunlich, dass vor der ersten Version des Gesetzes über elektronische Medien im Jahr 2003 Rundfunkmedien keinerlei Regulierung kennen, sondern die Art der Berichterstattung vom Wohlwollen der jeweiligen Regierungen abhängt.

Das neue überarbeitete *HRT*-Gesetz vom Dezember 2010 regelt den Programminhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Finanzierung des Senders, die, wie vorher in diesem Unterkapitel beschrieben, umstritten ist. Doch statt eindeutiger gesetzlicher Regelungen, steht im Zentrum des neuen Gesetzes ein Vertrag, den *HRT* und die Regierung alle fünf Jahre erneut miteinander eingehen (Zvonaric 2011). Zu den Details des Vertrags gab es zum Zeitpunkt des Entstehens dieser Arbeit keine verlässlichen Angaben. Wie der Vertrag umgesetzt und eingehalten wird, wird man auch erst in den nächsten fünf Jahren bewerten können. Es wird jedoch deutlich, dass dem öffentlich-rechtlichen Sender durch das neue Gesetz weiterhin eine staatliche Sonderrolle zugewiesen wird und noch immer enge Verbindungen zwischen *HRT* und dem kroatischen Staat existieren.

Den größten Einfluss kann der kroatische Staat jedoch bis heute noch immer darauf nehmen, welche Informationen an JournalistInnen herausgegeben werden. Zwar hat das Informationsfreiheitsgesetz von 2003 nach Artikel 2 das Ziel, natürlichen und juristischen Personen, dazu gehören auch JournalistInnen und Medienhäuser, Informationen öffentlicher Behörden zugänglich zu machen (Kroatisches Informationsfreiheitsgesetz 2003: Art. 2). Allerdings findet diese Regulierung ihre Grenzen in einer langen Liste, die in Artikel 8 des Gesetzes festgelegt ist. So sind Staats-, Militär-, Verwaltungs-, Berufs- und Betriebsgeheimnisse von dieser Regelung ausgenommen. Behörden können ferner die Auskunft verweigern, wenn durch die Information ein laufendes Verfahren beeinträchtigt wird oder erhebliche Bedenken über das Leben, die Gesundheit und Sicherheit von Menschen oder der Umwelt bestehen. Auch die Implementierung von Wirtschafts- oder Finanzpolitiken und das Recht auf Schutz geistigen Eigentums darf nicht durch Berichterstattung gefährdet werden (Kroatisches Informationsfreiheitsgesetz 2003: Art. 8). Laut einer Studie des HND beträgt die durchschnittliche Antwortzeit für eine Informationsauskunft zwei Wochen (Popovic et al. 2010: 20). Die meisten JournalistInnen nutzen das Informationsfreiheitsgesetz überhaupt nicht (Popovic et al. 2010: 20).

In diesem Kapitel ist deutlich geworden, dass das Potential für staatliche Interventionen in das kroatische Mediensystem seit Beginn der politischen und medialen Transformation konstant hoch geblieben ist. Allerdings müssen die Interventionsmöglichkeiten in Kroatien vor und nach dem Tod Tuđmans unterschiedlich bewertet werden. Waren die staatlichen Eingriffspotentiale während der Regierungszeit Tuđmans sehr direkt und über den staatseigenen Medi-

enbesitz und eine restriktive Gesetzgebung auch eindeutig erkennbar, sind die heutigen Interventionsmöglichkeiten des kroatischen Staats sehr viel indirekter. Eine wichtige Rolle spielt der öffentlich-rechtliche Rundfunk, in dem nach wie vor ein hoher Mitbestimmungsgrad staatlicher Institutionen zu verzeichnen ist. Im Gegenzug genießen die Sender klare Wettbewerbsvorteile gegenüber ihrer privaten Konkurrenz. Rechtlich befindet sich Kroatien heute im Einklang mit EU-Vorgaben. Allerdings gibt es zum Beispiel über den breiten Ausnahmekatalog des Informationsfreiheitsgesetzes auch auf dieser Ebene für staatliche Behörden die Möglichkeit, in unerwünschte Berichterstattung einzugreifen beziehungsweise diese durch Auskunftsverweigerung eventuell sogar ganz zu verhindern.

## 5. Schlussfolgerungen

Die vorangegangenen Analysen der Transformationsprozesse des politischen Systems und des Mediensystems in Kroatien zeigen, dass sich in dem postsozialistischen Transformationsstaat im Laufe der vergangenen 20 Jahren beide Systeme radikal verändert haben. Dabei lässt sich im Hinblick auf die zu Beginn dieser Arbeit geäußerten Annahmen bestätigen, dass (i) beide Systeme Transformationsprozesse durchlaufen, die sich in Struktur und Ablauf ähneln und die außerdem (ii) eine gewisse Interdependenz aufweisen.

So bleibt im Hinblick auf die Struktur beider Transformationsprozesse festzuhalten, dass sich sowohl der politische Wandel wie auch die Entwicklung des Mediensystems in Kroatien in zwei Zeitabschnitte einteilen lassen: (i) die Transformation zur Regierungszeit Franjo Tuđmans, die durch autoritäre Merkmale gekennzeichnet war und (ii) die Transformation unter den Regierungen nach Tuđman, die bis heute durch eine Annäherung an die EU gekennzeichnet ist (vgl. Tabelle 3).

Für die politische Transformation hat das zunächst zur Folge, dass bis zum Tode Tuđmans Kroatien als ein Mischtyp aus delegativer und illiberaler Demokratie angesehen werden kann. Diese ‚Demokratie‘ war zwar formal durch eine Verfassung konsolidiert und auch im Parlament existierte eine breite Opposition. De facto war aber alles auf die Ein-Parteien-Regierung des mächtigsten Akteurs in Kroatien zu dieser Zeit, Präsident Tuđman, ausgerichtet. Und so erhielten informelle Akteure wie die Katholische Kirche und organisierte Mafia-Netzwerke nur deshalb Einfluss, weil sie für den Erhalt des Systems Tuđman und dessen nationalistischen Ideen nützlich waren. Zivilgesellschaftliche Akteure und andere oppositionelle Strömungen wurden hingegen in den ersten acht bis neun Jahren nach der Unabhängigkeit als FeindInnen des neuen kroatischen Staats betrachtet. Seit Tuđmans Tod kann schließlich von dem Beginn einer neuen Konsolidierung in Kroatien gesprochen werden, die das Ziel verfolgt eine liberale Demokratie zu etablieren. Vor allem die EU treibt als wichtigster Akteur die Konsolidierung auf allen Ebenen in Kroatien an, gleichwohl sich einige Ebenen schneller konsolidieren als andere. So hat Kroatien noch immer eine relativ schwache BürgerInnen- und Zivilgesellschaft, während der Einfluss informeller Akteure weiterhin hoch ist.

Mit Blick auf das Mediensystem lässt sich sagen, dass die autoritäre Tuđman-Führung eine eher atavistische Orientierung in der Medienpolitik verfolgte, die sich durch einen hohen politischen Parallelismus und staatliche Eingriffe in das Mediensystem auszeichnete, was wiederum die Professionalisierung des Journalismus in Kroatien stark behinderte. Vor allem der hohe Anteil an staatlichem beziehungsweise parteinahem Medienbesitz und eine restriktive Medien-gesetzgebung prägten diese Zeit des Transformationsprozesses. Umgekehrt verfolgt die Medienpolitik der Post-Tuđman-Regierungen eine eindeutig materialistische Orientierung, die sich zudem stark an westlichen Mediensystemmodellen orientiert. Der politische Parallelismus und die staatlichen Interventionsmöglichkeiten haben im Vergleich zur Ära Tuđman stark abge-

nommen. Allerdings ist seit der Entpolitisierung der Medien der Einfluss internationaler Medienkonzerne weiter gewachsen. Einzig im öffentlich-rechtlichen *HRT* bestehen weiterhin gewisse Parallelstrukturen zwischen dem politischen System und dem Mediensystem. Hinzukommt, dass der Staat noch immer indirekte strukturelle Eingriffspotentiale besitzt – zum Beispiel über das kroatische Informationsfreiheitsgesetz. Auch der Professionalisierungsgrad des Journalismus ist im Laufe des Transformationsprozesses in Kroatien leicht gestiegen. Jedoch ist die Selbststeuerung der Medienorganisationen nach wie vor eine der größten Baustellen der Branche. In Kroatien ist nicht zuletzt auffällig, dass während des gesamten Transformationsprozesses durchweg eine relative hohe Vielfalt in der Medienlandschaft existierte, was für ein postsozialistisches Mediensystem vor allen Dingen in den ersten Jahren eher ungewöhnlich ist.

Es fällt zudem ins Auge, dass sich die beiden Transformationsprozesse gegenseitig beeinflussen. Dabei zeigt diese Arbeit, dass die Entwicklung des politischen Systems in Kroatien häufiger die Entwicklung des Mediensystems bestimmt als umgekehrt. So zeigt sich die späte zivilgesellschaftliche Konsolidierung in Kroatien auch im Mediensystem, wo erst nach dem internationalen Druck auf die Tuđman-Regierung die Möglichkeit für die Gründung zivilgesellschaftlicher Initiativen wie dem *Forum 21* entstanden sind. Auch das Parteiensystem spiegelt sich in seinen ideologischen Polarisierungen in einzelnen kroatischen Medienorganisationen und ihren politischen Ausrichtungen teilweise wider. Ebenfalls ist der Einfluss informeller Akteure nicht nur auf das politische System beschränkt, wie die Anschläge der Mafia auf die Medienmacher Ninoslav Pavic, Ivo Pukanic und Niko Franjic sehr deutlich zeigen. Nicht zuletzt spiegelt sich auch die konstitutionelle Konsolidierung im Mediensystem durch (i) die Verfassungswirklichkeit im Bezug auf die Pressefreiheit und (ii) den Umgang mit ethnischen Minderheiten in der Berichterstattung wider. Ein Beispiel für die letztere Beobachtung ist die Stigmatisierung ethnischer Gruppen während des Kriegs, die sowohl von Tuđman und seiner Gefolgschaft als auch von KriegsberichterstatteInnen ausging.

Allerdings haben umgekehrt auch die Medien in Kroatien die politische Transformation durch (i) ihre Berichterstattung und (ii) ihre wirtschaftliche Macht beeinflusst. Die politische Einflussnahme über die Berichterstattung ist dabei allerdings deutlich geringer einzustufen als der Einfluss über wirtschaftliche Machtkanäle einzelner Medienhäuser. Regierungskritische Berichterstattung in Kroatien, die Auswirkungen auf den politischen Transformationsprozess hat, findet nur sehr vereinzelt statt und geht vor allem von kleineren unabhängigen Publikationen oder Sendern aus. Die Verflechtungen zwischen Politik und einzelnen Medienhäusern sind da deutlich stärker, wie unter anderem der HDZ-nahe Medienclan *Gruppo* zeigt.

Auch in Zukunft ist zu erwarten, dass die Parallelismen und Interdependenzen zwischen politischem System und Mediensystem in Kroatien weiterhin bestehen bleiben. Im Hinblick auf die politische Transformation ist jedoch unklar, wie lange es dauert, bis sich in Kroatien eine liberale Demokratie vollständig konsolidiert hat. Die bevorstehende Aufnahme Kroatiens in die EU ist ein wichtiger Schritt auf diesem langen Weg. Doch noch immer gibt es Defizite im politischen Transformationsprozess Kroatiens. Allen voran ist trotz mehrmaliger Verfassungsänderungen noch immer der Umgang mit ethnischen Minderheiten zu kritisieren, insbesondere

was die serbische Minderheit und die Roma-Minderheit angeht. Auch die Diskriminierung sexueller Minoritäten ist noch immer ein Hindernis der demokratischen Konsolidierung. Es ist ebenfalls ungewiss, wie sich das kroatische Mediensystem in den nächsten Jahren entwickeln wird. Die Kommerzialisierungs- und Boulevardisierungstrends geben schon jetzt Anlass zur Sorge, dass die Qualität des kroatischen Journalismus weiter abnimmt. Andererseits existieren noch immer investigative Medien in Kroatien, die Meilensteine in der Professionalisierung der Berichterstattung setzen. Wie sich diese gegenläufigen Trends weiterentwickeln werden, bleibt abzuwarten.

**Tabelle 3: Zusammenhang zwischen politischer Konsolidierung und Entwicklung des Mediensystems während und nach der Regierungszeit Tuđmans**

	<b>Tuđman-Regierung</b>	<b>Post-Tuđman-Regierungen</b>
politische Konsolidierung	<p><i>konstitutionelle Konsolidierung:</i> niedrige formale Legitimation, Probleme mit der Inklusion ethnischer und sexueller Minderheiten;</p> <p><i>repräsentative Konsolidierung:</i> breites politisches Parteienspektrum mit schwacher Opposition, gesellschaftliche Konfliktlinien: (i) pro versus contra Unabhängigkeit und (ii) katholische Traditionen versus säkularisierter Lebensstil, restriktive Vereinsregistrierungspolitik;</p> <p><i>Verhaltenskonsolidierung:</i> hoher Einfluss informeller Akteure (Kirche, Mafia);</p> <p><i>BürgerInnen-/Zivilgesellschaft:</i> civic culture: liberaler Nationalismus, Nichtregierungsorganisationen werden als StaatsfeindInnen angesehen.</p> <p>[illiberal-delegative Demokratie]</p>	<p><i>konstitutionelle Konsolidierung:</i> Anpassung an die EU, verbesserte aber noch immer geringe Inklusion ethnischer und sexueller Minderheiten;</p> <p><i>repräsentative Konsolidierung:</i> Aufwertung parlamentarischer Kräfte durch Schwächung des präsidentiellen Einflussbereichs, sozio-ökonomische Konfliktlinien, Lockerung von Vereinsregistrierungen;</p> <p><i>Verhaltenskonsolidierung:</i> noch immer hoher Einfluss informeller Akteure;</p> <p><i>BürgerInnen-/Zivilgesellschaft:</i> civic culture: bürgerlicher Nationalismus, noch immer schwacher aber langsam steigender Einfluss westlicher und kroatischer Nichtregierungsorganisationen.</p> <p>[Annäherung an liberale Demokratie]</p>
Entwicklungsstand des Mediensystems	<p><i>Medienmarkt:</i> hohe Medienvielfalt;</p> <p><i>politischer Parallelismus:</i> hoch durch Instrumentalisierung der Presse und des Staatsfernsehens, politische Kontrolle der Medien durch parteinahen oder staatlichen Besitz;</p> <p><i>Professionalisierung:</i> sehr gering;</p> <p><i>staatliche Interventionen:</i> sehr direkt durch staatlichen Medienbesitz und restriktive Gesetzgebung</p> <p>[atavistische Medienpolitik]</p>	<p><i>Medienmarkt:</i> hohe Medienvielfalt;</p> <p><i>politischer Parallelismus:</i> Entpolitisierung der Medien, wachsender Einfluss internationaler Medienhäuser, duales Rundfunksystem;</p> <p><i>Professionalisierung:</i> noch immer gering, allerdings höher als zu Zeiten Tuđmans;</p> <p><i>staatliche Interventionen:</i> gesetzliche Anpassung an die EU, indirekter Einfluss durch politische Mitbestimmung in neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunkgremien, Behörden können Auskunft gegenüber JournalistInnen verweigern.</p> <p>[materialistische/mimetische Medienpolitik]</p>

Quelle: Eigene Darstellung

Bei künftigen Analysen beider Umwandlungsprozesse muss berücksichtigt werden, dass sich bei der Auswahl der Untersuchungswerkzeuge sowohl bei Instrumenten der Politik- als auch der Kommunikationswissenschaft bedient werden muss, um den Zusammenhang zwischen politischen Systemen und Mediensystemen in Transformationsstaaten empirisch zu untersuchen. Im Hinblick auf diese interdisziplinäre Verzahnung ist es deshalb notwendig, die Analysewerkzeuge beider Disziplinen weiterzuentwickeln, diese Instrumente im Hinblick auf ihre gegenseitige Kompatibilität zu verbessern und einen stärkeren interdisziplinären Austausch zu betreiben.

# Literaturverzeichnis

- Bezovan, Gojko (2001):** *Croatian Civil Society: On the Path to Becoming a Legitimate Public Actor. A Preliminary Report on the CIVICUS Index on Civil Society in Croatia.* Zagreb.  
Online verfügbar: [www.civicus.org/new/media/croatia.pdf](http://www.civicus.org/new/media/croatia.pdf) (letzter Abruf: 15.05.2011, 17 Uhr).
- Buric, Nada (2007):** *The Croatian Media Landscape.* In: Terzis, Georgios (Hg.): *European Media Governance: National and Regional Dimensions.* Bristol. 327–337.
- Charta von Paris (1990):** *Charta von Paris für ein neues Europa.* Paris.  
Online verfügbar: [www.menschenrechtsbuero.de/pdf/paris90g.pdf](http://www.menschenrechtsbuero.de/pdf/paris90g.pdf) (letzter Abruf: 15.05.2011, 15 Uhr).
- Center for Systemic Peace (2009):** *Polity IV: Regime Authority Characteristics and Transitions Datasets. Polity IV Annual Time-Series 1800-2009.*  
Online verfügbar: [www.systemicpeace.org/inscr/p4v2009.xls](http://www.systemicpeace.org/inscr/p4v2009.xls) (letzter Abruf: 10.05.2011, 18 Uhr).
- Daskalovic, Zoran (2010):** *Die Bilanz der Regierung Kosor.* Blickpunkt Kroatien, Vol. 10/2010. Zagreb.  
Online verfügbar: [www.fes.hr/E-books/pdf/Blickpunkt/Blickpunkt\\_Kroatien\\_10\\_2010.pdf](http://www.fes.hr/E-books/pdf/Blickpunkt/Blickpunkt_Kroatien_10_2010.pdf) (letzter Abruf: 12.05.2011, 12 Uhr).
- Donald W. Reynold Journalism Institute (o. J.):** *Croatia Code: Code of the Croatian Journalists' Association.*  
Online verfügbar: [www.rjionline.org/MAS-Codes-Croatia-CJA](http://www.rjionline.org/MAS-Codes-Croatia-CJA) (letzter Abruf: 12.05.2011, 15 Uhr).
- Duric, Ivana; Zoric, Vladimir (2009):** *Foreclosing the Other, Building the War: A Comparative Analysis of Croatian and Serbian Press Discourses During the Conflict in Croatia.* In: Kolstø, Pal (Hg.): *Media Discourse and the Yugoslav Conflicts. Representations of Self and Other.* Farnham, Surrey [u.a.]. 61–82.
- Europäische Delegation in Kroatien (2008):** *In negotiations with Croatia one Chapter opened and three Chapters closed.* Pressemitteilung.  
Online verfügbar: [www.delhrv.ec.europa.eu/?lang=en&content=1492](http://www.delhrv.ec.europa.eu/?lang=en&content=1492) (letzter Abruf: 10.05.2011, 20 Uhr).
- Europäische Kommission (1992):** *Guideline on the Recognition of New States in Eastern Europe and in the Soviet Union.* 31 ILM 1486 (1992). Brüssel.
- Europäische Kommission (2002):** *Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für Südosteuropa. Erster Jahresbericht.* KOM(2002) 163. Brüssel.
- Europäische Kommission (2003):** *Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für Südosteuropa. Zweiter Jahresbericht.* KOM(2003) 139. Brüssel.
- Europäische Kommission (2005):** *Kroatien. Fortschrittbericht 2005.* SEK(2005) 1424. Brüssel.
- Europäische Kommission (2006):** *Screening Report Croatia. Chapter 10 - Information society and media.* Brüssel.  
Online verfügbar:  
[http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/croatia/screening\\_reports/screening\\_report\\_10\\_hr\\_internet\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/croatia/screening_reports/screening_report_10_hr_internet_en.pdf)  
(letzter Abruf: 15.05.2011, 18 Uhr).
- Europäische Kommission (2010):** *Kroatien. Fortschrittbericht 2010.* SEK(2010) 1326. Brüssel.
- Europäischer Rat (1993):** *Schlußfolgerungen des Vorsitzes - Kopenhagen, 21./22. Juni 1993.* SN 180/1/93. Kopenhagen.

- Europäisches Parlament (2011):** *Motion for a resolution to wind up the debate on statements by the Council and the Commission pursuant to Rule 110(2) of the Rules of Procedure on the 2010 progress report on Croatia*. Plenarsitzungsprotokoll. B7-0094/2011. Straßburg.  
Online verfügbar: [www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+MOTION+B7-2011-0094+0+DOC+PDF+V0//EN](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+MOTION+B7-2011-0094+0+DOC+PDF+V0//EN) (letzter Abruf: 15.05.2011, 20 Uhr).
- Fédération Internationale des Editeurs de Journax (1995):** *World Press Trends 1995*. Paris. 48–49.
- Flottau, Renate (2002):** *Komischer Kochtopf*. DER SPIEGEL, Vol. 33/2002. 109.  
Online verfügbar: <http://wissen.spiegel.de/wissen/image/show.html?did=23786310&aref=image033/E0232/SCSP200203301090109.pdf&thumb=false> (letzter Abruf: 03.05.2011: 13 Uhr).
- Freedom House (2007):** *Freedom in the World 2007. Selected Data from Freedom House's Annual Global Survey of Political Rights and Civil Liberties*. Washington D.C.  
Online verfügbar: [www.freedomhouse.org/uploads/press\\_release/fiw07\\_charts.pdf](http://www.freedomhouse.org/uploads/press_release/fiw07_charts.pdf) (letzter Abruf: 10.05.2011, 17 Uhr).
- Freedom House (2008):** *Freedom in the World 2008. Selected Data from Freedom House's Annual Global Survey of Political Rights and Civil Liberties*. Washington D.C.  
Online verfügbar: [www.freedomhouse.org/uploads/fiw08launch/FIW08Tables.pdf](http://www.freedomhouse.org/uploads/fiw08launch/FIW08Tables.pdf) (letzter Abruf: 10.05.2011, 17 Uhr).
- Freedom House (2009):** *Freedom in the World 2009: Table of Independent Countries*. Washington D.C.  
Online verfügbar: [www.freedomhouse.org/uploads/fiw09/FIW09\\_Tables%26GraphsForWeb.pdf](http://www.freedomhouse.org/uploads/fiw09/FIW09_Tables%26GraphsForWeb.pdf) (letzter Abruf: 10.05.2011, 17 Uhr).
- Freedom House (2010):** *Freedom in the World 2010: Combined Average Ratings – Independent Countries*. Washington D.C.  
Online verfügbar: [www.freedomhouse.org/uploads/fiw10/CombinedAverageRatings\(IndependentCountries\)FIW2010.pdf](http://www.freedomhouse.org/uploads/fiw10/CombinedAverageRatings(IndependentCountries)FIW2010.pdf) (letzter Abruf: 10.05.2011, 17 Uhr).
- Gesetz über die Kroatische Nachrichtenagentur (2001):** *Croatian News Agency Act. Zakon o hrvatskoj izvještajnoj novinskoj agenciji*. Vorläufige englische Übersetzung des Kroatischen Parlaments.  
Online verfügbar: [www.pak.hr/lgs.axd?t=16&id=2528](http://www.pak.hr/lgs.axd?t=16&id=2528) (letzter Besuch: 09.05.2011, 9 Uhr).
- Gunther, Richard; Mughan, Anthony (2000):** *The Media in Democratic and Nondemocratic Regimes: A Multilevel Perspective*. In: Gunther, Richard; Mughan, Anthony (Hg.): *Democracy and the Media. A Comparative Perspective*. Cambridge. 1–27.
- Hadamik, Katharina (2004):** *Medientransformation und Entwicklungsprozesse in Mittel- und Osteuropa. Ein theoretisch-methodologischer Beitrag zur Analyse postkommunistischer Transformationsverläufe*. Publizistik, Vol. 49, 4. 454–470.
- Hallin, Daniel C.; Mancini, Paolo (2004):** *Comparing Media Systems. Three Models of Media and Politics*. Cambridge.
- Helmerich, Antje (2006):** *Kroatien unter Franjo Tuđman. Plebiszitärer Autoritarismus hinter demokratischer Fassade*. In: Bos, Ellen; Helmerich, Antje (Hg.): *Zwischen Diktatur und Demokratie. Staatspräsidenten als Kapitäne des Systemwechsels in Osteuropa*. Münster. 223–250.
- Huntington, Samuel P. (1991):** *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman/London.
- International Research and Exchanges Board (2009):** *Media Sustainability Index 2009: Development of Sustainable Independent Media in Europe and Eurasia*. Washington D.C.  
Online verfügbar: [www.irex.org/system/files/EE\\_MSI\\_09\\_cvr-toc.pdf](http://www.irex.org/system/files/EE_MSI_09_cvr-toc.pdf) (letzter Abruf: 18.05.2011, 20 Uhr).
- International Research and Exchanges Board (2010):** *Media Sustainability Index 2010: Development of Sustainable Independent Media in Europe and Eurasia*. Washington D.C.  
Online verfügbar: [www.irex.org/system/files/Europe%20MSI%202010\\_Full%20Version.pdf](http://www.irex.org/system/files/Europe%20MSI%202010_Full%20Version.pdf) (letzter Abruf: 18.05.2011, 20 Uhr).
- Ismayr, Wolfgang (2004):** *Die politischen Systeme Osteuropas im Vergleich*. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*. Opladen. 9–70.



- Jakubowicz, Karol (1995):** *Lovebirds? The Media, the State and Politics in Central and Eastern Europe*. Javnost/The Public, Vol. 2, 1. 75–91.
- Jakubowicz, Karol (2005):** *Post-Communist Media Development in Perspective*. Politikinformation Osteuropa (03/2005). 1–16.  
Online verfügbar: <http://library.fes.de/pdf-files/id/02841.pdf> (letzter Abruf: 14.05.2011, 14 Uhr).
- Jarren, Otfried; Donges, Patrick (2006):** *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft: Eine Einführung*. Wiesbaden.
- Kunovich, Robert M.; Hodson, Randy (2002):** *Ethnic Diversity, Segregation, and Inequality: A Structural Model of Ethnic Prejudice in Bosnia and Croatia*. The Sociological Quarterly, Vol. 43, 2. 185–212.
- Kurspahic, Kemal (2003):** *Prime Time Crime: Balkan Media in War and Peace*. Washington D.C.
- Kroatisches Informationsfreiheitsgesetz (2003):** *Act on the Right of Access to Information*. Vorläufige englische Übersetzung des Kroatischen Parlaments.  
Online verfügbar: [www.mzopu.hr/doc/Act on the Right of Access to Information OG 172-03.pdf](http://www.mzopu.hr/doc/Act_on_the_Right_of_Access_to_Information_OG_172-03.pdf) (letzter Abruf: 20.05.2011, 11 Uhr).
- Kroatische Verfassung (2010):** *Die Verfassung der Republik Kroatien*. Deutsche Übersetzung der aktuellen Fassung vom 16. Juni 2010.  
Online verfügbar: [www.kas.de/wf/doc/kas\\_2764-1442-1-30.pdf?110114141431](http://www.kas.de/wf/doc/kas_2764-1442-1-30.pdf?110114141431) (letzter Abruf: 20.05.2011, 11 Uhr).
- Malovic, Stjepan (1997):** *A Review of the Media in Croatia in 1997. Freedom Stymied*. Politicka misao, Vol. XXXIV/1997, 5. 60–79
- Malovic, Stjepan (2004):** *Croatia*. In: Petkovic, Brankica (Hg.): *Media Ownership and its Impact on Media Independence and Pluralism*. Ljubljana. 119–140.  
Online verfügbar: [www2.mirovni-institut.si/media\\_ownership/pdf/preface.pdf](http://www2.mirovni-institut.si/media_ownership/pdf/preface.pdf) (letzter Abruf: 10.05.2011, 16 Uhr).
- Malovic, Stjepan; Selnow, Gary W. (2001):** *The People, Press, and Politics of Croatia*. Westport, Connecticut.
- Malovic, Stjepan; Vilovic, Gordana (2004):** *Tabloidization Conquers Quality Press*. In: Spassov, Orlin (Hg.): *Quality Press in Southeast Europe*. Sofia. 93–107
- Mappes-Niediek, Norbert (2002):** *Der Geschmack von Freiheit und Anarchie*. DIE ZEIT, Vol. 46/2002.  
Online verfügbar: [www.zeit.de/2002/46/Der Geschmack von Freiheit und Anarchie](http://www.zeit.de/2002/46/Der_Geschmack_von_Freiheit_und_Anarchie) (letzter Abruf: 13.05.2011, 21 Uhr).
- Mappes-Niediek, Norbert (2003):** *Balkan-Mafia: Staaten in der Hand des Verbrechens – Eine Gefahr für Europa*. Berlin.
- Matkovic, Damir et al. (2002):** *Public Service Broadcasting in Transition / Croatia, Montenegro, Slovenia*. Arbeitspapier für Jahreskonferenz der Internationalen Journalisten-Föderation in Budapest.  
Online verfügbar: [http://pdc.ceu.hu/archive/00002343/01/The IFJ Conference.pdf](http://pdc.ceu.hu/archive/00002343/01/The_IFJ_Conference.pdf) (letzter Abruf: 15.05.2011, 19 Uhr).
- Melcic, Dunja (2007):** *Zwischen Pluralismus und Denkdiktat. Die Medienlandschaft*. In: Melcic, Dunja (Hg.): *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*. Wiesbaden. 312–324.
- Merkel, Wolfgang (1994):** *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*. Opladen.
- Merkel, Wolfgang (2010):** *Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Wiesbaden.
- O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe C. (1986):** *Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*. Baltimore, Maryland/London.
- O'Neil, Patrick H. (1998):** *Democratization and Mass Communication: What Is the Link?* In: O'Neil, Patrick H. (Hg.): *Communicating Democracy. The Media and Political Transitions*. Boulder, Colorado/London. 1–20.
- Oberreuter, Heinrich (1997):** *Medien und Demokratie. Ein Problemaufriss*. In: Rohe, Karl (Hg.): *Politik und Demokratie in der Informationsgesellschaft*. Baden-Baden. 11–24.

- Offe, Claus (1991):** *Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa.* Merkur, Vol. 45, 4. 279–291.
- Pan, Christoph (2006):** *Die Minderheitenrechte in Kroatien.* In: Pan, Christoph; Pfeil, Beate (Hg.): *Minderheitenrechte in Europa. Handbuch der europäischen Volksgruppen.* Band 2. Wien. 242–255.
- Peace Reseach Institute Oslo (o. J.):** *Polyarchy Dataset.*  
Online verfügbar:  
[http://www.prio.no/misc/Download.aspx?file=%2fprojects%2fdataset-website-workspace%2fPolyarchy%2520Dataset%2520Downloads%2ffile42534\\_polyarchy\\_v2.csv](http://www.prio.no/misc/Download.aspx?file=%2fprojects%2fdataset-website-workspace%2fPolyarchy%2520Dataset%2520Downloads%2ffile42534_polyarchy_v2.csv) (letzter Abruf: 20.05.2011, 9 Uhr).
- Perusko, Zrinjka (2003):** *Croatia: The First Ten Years.* In: Paletz, David L.; Jakubowicz, Karol (Hg.): *Business As Usual. Continuity and Change in Central and Eastern Europe.* Cresskill, New Jersey. 111–144.
- Pickel, Gert (2006):** *Eine vergleichende Analyse der Qualität von Demokratien in Osteuropa und im kaukasischen Gebiet.* In: Pickel, Gert; Pickel, Susanne (Hg.): *Demokratisierung im internationalen Vergleich. Neue Erkenntnisse und Perspektiven.* Wiesbaden. 111–134.
- Popovic, Helena et al. (2010):** *Background information report. Media policies and regulatory practices in a selected set of European countries, the EU and the Council of Europe: The case of Croatia.* Zagreb.  
Online verfügbar:  
[www.mediadem.eliamep.gr/wp-content/uploads/2010/05/Croatia.pdf](http://www.mediadem.eliamep.gr/wp-content/uploads/2010/05/Croatia.pdf) (letzter Abruf: 15.05.2011, 19 Uhr).
- Radonic, Ljiljana (2007):** *Die Konsolidierung einer defekten Demokratie? – Kroatien von 1990 bis heute.* In: Forschungsstelle Osteuropa (Hg.): *Regimewechsel und Gesellschaftswandel in Osteuropa. Beiträge für die 15. Tagung junger Osteuropa-Experten.* Bremen. 23–26.  
Online verfügbar:  
[www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoAP85.pdf](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoAP85.pdf) (letzter Abruf: 15.05.2011, 20 Uhr).
- Ramet, Sabrina P. (2007):** *What's Love (of Country) Got to Do With It? Civic Values in Democratic Transition.* In: Ramet, Sabrina P.; Matic, Davorka (Hg.): *Democratic Transition in Croatia. Value Transformation, Education and Media.* College Station, Texas. 1–30.
- Ramet, Sabrina P. (2008):** *Serbia, Croatia and Slovenia at Peace and at War: Selected Writings, 1983-2007.* Berlin.
- Thomaß, Barbara (2001):** *Kommunikationswissenschaftliche Überlegungen zur Rolle der Medien in Transformationsgesellschaften.* In: Thomaß, Barbara; Tzankoff, Michaela (Hg.): *Medien und Transformation in Osteuropa.* Wiesbaden. 39–64.
- Thomaß, Barbara (2007):** *Mediensysteme vergleichen.* In: Thomaß, Barbara (Hg.): *Mediensysteme im internationalen Vergleich.* Konstanz. 12–41.
- Thompson, Mark (1994):** *Forging war: the media in Serbia, Croatia, Bosnia and Hercegovina.* London.
- Schmidt, Manfred G. (2010):** *Demokratietheorien. Eine Einführung.* Wiesbaden.
- Schultze, Martin (2010):** *Demokratiemessung und defekte Demokratien. Osteuropas Demokratien auf dem Prüfstand.* Marburg.
- Splichal, Slavko (1994):** *Media Beyond Socialism: Theory and Practice in East-Central Europe.* Boulder, Colorado.
- Stegherr, Marc; Liesem, Kerstin (2010):** *Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess.* Wiesbaden.
- World Association of Newspapers (1998):** *World Press Trends 1998.* Paris. 75–78.
- World Association of Newspapers (2000):** *World Press Trends 2000.* Paris. 79–81.
- World Association of Newspapers (2005):** *World Press Trends 2005.* Paris. 264–268.
- World Association of Newspapers (2010):** *World Press Trends 2005.* Paris. 404–409.
- United States Agency for International Development (2010):** *2009 NGO Sustainability Index for Central and Eastern Europe and Eurasia.* Vol. 13/2010. Washington D.C. 87–92.  
Online verfügbar:  
[www.usaid.gov/locations/europe\\_eurasia/dem\\_gov/ngoindex/2009/complete\\_document.pdf](http://www.usaid.gov/locations/europe_eurasia/dem_gov/ngoindex/2009/complete_document.pdf) (letzter Abruf: 13.05.2011, 22 Uhr).

**Zakosek, Nenad (2004):** *Das politische System Kroatiens*. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen. 677–726.

**Zakosek, Nenad; Marsic, Tomislav (2010):** *Das politische System Kroatiens*. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen. 773-836.

**Zvonaric, Nives (2011):** *New Croatian Radio Television Law*. IRIS – Journal of the Legal Observations of the European Audiovisual Observatory, Vol. 2011-3/23.

Online verfügbar: <http://merlin.obs.coe.int/iris/2011/3/article23.en.html> (letzter Abruf: 13.05.2011, 19 Uhr).

## Weitere ISPM-Arbeitspapiere

Bothfeld, Silke et al

### **Familienpolitik in der Wirtschaftskrise**

Forschungsbericht, 75 S.

ISSN: XXX-XXX.XX-X

Kampf, Janett

### **Wahlkampf im Wandel?**

Die Wahlkampfstrategie der SPD zur Bundestagswahl 2009, 60 S.

ISSN: XXX-XXX.XX-X

Graf, Werner

### **Der Umgang der israelischen Regierung mit jüdischen FundamentalistInnen**

Entstehung und Entwicklung von indirekten Diskriminierungen, 50 S.

ISSN: XXX-XXX.XX-X

Siemens, Ivan

### **Der lettische Wohlfahrtsstaat im Kontext der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise**

35 S.

ISSN: XXX-XXX.XX-X



ISPM-Arbeitspapiere

Internationaler Studiengang Politikmanagement

Fakultät 3

Neustadtswall 30

D-28199 Bremen

[www.ispm-bremen.de](http://www.ispm-bremen.de)



# Der Zusammenhang zwischen Demokratisierung und der Entwicklung des Mediensystems in den postsozialistischen Staaten Südosteuropas

Im Sommer 2011 haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sich für die Aufnahme Kroatiens in die Staatengemeinschaft ausgesprochen, die im Jahr 2013 erfolgen soll. Dieser Entscheidung sind massive Anstrengungen der kroatischen Regierung vorausgegangen, einen Übergang zu einer rechtsstaatlichen Demokratie zu bewerkstelligen. Mit seiner Untersuchung des kroatischen Mediensystems nimmt Lazar Backovic damit einen höchst aktuellen Aspekt des Demokratisierungsprozesses eines Transformationslandes in den Blick. Genauer untersucht das ISPM-Arbeitspapier die Wechselwirkung zwischen politischer Transformation und Herausbildung eines unabhängigen Mediensystems. Backovics Interesse gilt dabei der Frage, inwiefern die Entwicklung des Mediensystems und der Demokratie in Kroatien interdependent sind.

**Lazar Backovic ist Absolvent des Internationalen Studiengangs Politikmanagement an der Hochschule Bremen. Er arbeitet als Journalist in Hamburg.**

HOCHSCHULE BREMEN • INTERNATIONALER STUDIENGANG POLITIKMANAGEMENT (ISPM) • ISPM-ARBEITSPAPIERE  
DEMOKRATIE UND STAAT • INTERNATIONALES • ARBEIT UND SOZIALES  
ARBEITSPAPIER-NR: I-1-2011